

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 25. Januar 1928
10. Jahrgang Nummer 21

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Streifenband 2,50 M. Einzelgenusspreis: Die gebundene Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Verlagsangelegenheiten 6 Pf., Kellamillimeterzelle: Die gebundene Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krebscher Straße 50, Telefon 4719. Postfach 544. Redaktion: Breslau, Krebscher Straße 50, Telefon Ring 8837. Geschäftsstelle der Redaktion: von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gieswich, Wilhelmstraße 26, Telefon 1685. Grottkow, Kunitz 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle: von 8-10 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schell, Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“, Berlin, Fil. Breslau, Krebscher Str. 50.

800 Millionen für Schulverpfassung

Der Bürgerblod einigt sich

(Eig. Drahtb.) Berlin, 25. Januar.

Im Bildungsausschuss des Reichstages erklärte Innenminister v. Reubell, die Höhe der Neustufen infolge des Schulgesetzes seien schwer, wenn nicht unmöglich, abzuschätzen. Die Reichsregierung werde den Ländern und Gemeinden für die Mehrkosten eine Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark gewähren, einen vollen Ersatz lehne sie ab.

Ministerialrat Köhler teilt mit, daß auf Anfrage bei den Länderregierungen über die entstehenden Mehrkosten Bayern 5 1/2 Millionen, Baden 8, Thüringen 5, Hessen 8,4 und Hamburg 5,6 Millionen angeben haben. Von den übrigen fehlen genaue Mitteilungen.

Der preussische Ministerialdirektor Köhler erklärt, es sei Sache des Reiches, das das Gesetz mache, auch die Kosten zu berechnen. Bei nur 1 Prozent (!) Aufspaltung durch das Schulgesetz müsse Preußen 59,1 Millionen Mark (!) zahlen. Preußen könne solche ungeheure Ausgaben nicht tragen. Die gleiche Erklärung gibt der bayrische Vertreter ab.

Genosse Rosenbaum stellt fest, daß man in Preußen mit mindestens 10 Prozent Schulabspaltung, also mit 590 Millionen Mark, rechnen müsse. Hinzu käme ein Drittel für das übrige Reich, also insgesamt 800 Millionen. Und dafür biete das Reich 30 Millionen „Beihilfe“ an. Er beantrage, sofort den Reichsfinanzminister Brücher zu holen, der erklären solle, woher die 800 Millionen zu nehmen seien.

Es wird dann beschlossen, Köhler für Mittwoch zu haben.

Als die Bürgerblodregierung vor Monaten dem Reichstag ihren Schulgesetzentwurf vorlegte, der auf eine Zerstückelung und Verpfassung des gesamten Schulwesens hinausläuft, da schwiegen sich die sonst so geschwätzigen Herren Marx und Reubell über eine Frage vorichtig aus: die Kosten. Allerdings nicht aus dem Grunde, den ihnen die demokratische Presse unterstellen wollte, nämlich aus Unkenntnis oder Vergeßlichkeit. Die schwarzweißrot-schwarze Koalition war sich über die Kosten natürlich längst klar. Aber sie stellte sich dumm, um den Wählermassen die Kosten der Nachtgefühle des Klerikalismus vorzuenthalten.

Die gestrige Sitzung des Bildungsausschusses hat den Schleier ein wenig gelüftet. Wenn man die Berechnung des preussischen Regierungsvertreter zugrunde legt, dann sind die Gesamtkosten mit 800 Millionen Mark, wie sie Genosse Rosenbaum berechnet, nicht zu hoch angesetzt. Zum Vergleich wollen wir erwähnen, wie in unserem gestrigen Leitartikel festgestellt wurde, daß im Haushaltsplan für 1928 der gesamte Sozialetat einschließlich der Kosten der Erwerbslosenfürsorge noch nicht einmal eine halbe Milliarde, also nicht soviel wie diese Mehrkosten für die Schulverpfassung, beträgt. (!)

Hinter den Regierungskulissen gehen die interfraktionellen Verhandlungen über das Schulgesetz weiter. Die Zentrumspresse meldet heute morgen, sie hätten „wesentlich freundlicheren Charakter angenommen“. Das klingt anders als das Kriegsgeschrei der demokratischen und der sozialdemokratischen Presse! Zwar hat das Zentrumszentralorgan, die „Germania“, zum § 20 erklärt, er sei ein Kernstück des Gesetzes und einzelne deutsche Länder könnten nicht „unter ein Ausnahmerecht“ gestellt werden. (Es handelt sich dabei um die süddeutschen Staaten, die bereits Simultan-schulen haben.) Aber trotzdem vor allen Dingen die Deutsche Volkspartei gewisse Stimmungen ihrer Wählermassen fürchtet, kündigt sich eine Einigung an. Man hat beschlossen, die Paragraphen, über die keine Einigung zu erzielen ist, unverändert zur ersten Lesung zu bringen. Da kann man weiter hushandeln. Aus Kreisen der Volkspartei selber wurde der Vorschlag gemacht, dem § 20 eine unbestimmte Form zu geben und seinen Geltungsbereich später durch den Staatsgerichtshof (!) feststellen zu lassen.

Das alles sieht nicht nach „Auseinanderfallen“ des Bürgerblods aus. Das ganze Kriegsgeschrei ist überhaupt dazu angetan, die Arbeitermassen darüber hinwegzuführen, daß sie einen ernsthaften Kampf gegen Bürgerblod und Bürgerblodreichstag führen müssen.

verlautet, ist der Konkurs angemeldet. Der bisherige Geschäftsführer Pflüger ist mit sofortiger Wirkung seines Postens enthoben worden. Die unerwarteten Maßnahmen sind auf die Ergebnisse einer vor kurzem stattgefundenen Revision zurückzuführen.

Unterdrückung der R.-Spanien!

Der Generalsekretär „auf der Flucht erschossen“.

Paris, 23. Januar. (Eig. Bericht.) Die spanische Faschisten-Diktatur holt zu einem neuen Schlag gegen unsere spanische Bruderpartei aus. Am 6. Januar wurde der Generalsekretär der R.P. Spaniens, Genosse Pascal, verhaftet. Alle Nachforschungen nach dem Verbleiben des Genossen sind erfolglos geblieben. Unter der Arbeiterpartei erhält sich das Gerücht, daß Genosse Pascal deportiert oder sogar „auf der Flucht“ erschossen worden ist. Einige Tage später verhaftete die Polizei den Geschäftsführer und Redakteur der kommunistischen Zeitung „Antorcha“ („Die Fackel“), Genossen Baron. Am 11. Januar drang ein starkes Polizeiausgebot in die Redaktionsräume der „Antorcha“ ein, beschlagnahmte sämtliche Zeitungen und Papiere und nahm nicht nur das gesamte Redaktionspersonal, sondern auch Kasse und Schließbuch mit sich fort. Auch das Bankkonto der kommunistischen Partei wurde beschlagnahmt.

Schweiff im Piscator-Theater

Die „Rote Fahne“ berichtete am Dienstag: „Die gestrige Premiere des „Haven Soldaten Schweiff“ im Theater am Hollendorfsplatz war wiederum eine außerordentliche Leistung Piscators. Über die großartige Figur Pallenbergs als Schweiff, die hervorragende Regie, die grandiosen Bühnenbilder von George Grosz schmetterten an der unmöglichen dramatischen Bearbeitung der Herren Max Brod und Hans Reimann. Sie machten aus dem Epos des Dichters Gasel eine oft oberflächliche und langweilige Fabel. Am Schluss wurden Piscator, Pallenberg und George Grosz mitunterlang gerufen.“

Vom Tage

Die „Bosnische Zeitung“ meldet, i. H. das Reichsjustizministerium als Nachfolger des berüchtigten Kommunistenfressers Mebner den nicht minder „berühmten“ Lorenz zum Präsidenten des vierten Straßensatz beim Reichsgericht vorgeschlagen hat.

In einem Privatbeleidigungsprozeß gegen den Provinziallandtagsabgeordneten Limburg wurde festgestellt, daß dieser in den Jahren 1919-1923 für die Separatisten gearbeitet hatte. Sein Bruder Peter Limburg wurde wegen Verdacht des Meineides verhaftet.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages erklärte gestern ein Regierungsvertreter, daß er zum Kleinrentner-versorgungs-gesetz erst nach der Verabschiedung des Etats Vorschläge machen könne.

Das Eisenwerk Thale am Harz hat seinen Betrieb stillgelegt. 3943 Männer und 278 Frauen auf die Straße gesetzt.

Nach bisher noch unbestätigten Nachrichten soll der belgische Passagierdampfer „Elisabethville“ auf der Höhe von Tene-tiffa untergegangen sein.

Die französische Kammer genehmigte den deutsch-französischen Handelsvertrag.

Die französische Presse fordert schnellere Untersuchung der Klage der Kleinen Entente gegen Ungarn in der Affäre des Waffenschmuggels von St. Gotthard.

Der amerikanische Marineattaché Wilbour erklärte in einer Rede in Boston, daß die Vereinigten Staaten den Aufbau ihrer Flotte nach aller modernster Art planen.

Der Reichstag deckt das Ruhrpanama!

Genosse Zörgler spricht zum Etat — Keine Veröffentlichung des Berichts zum Phoebus-Skandal — Sozialdemokratie und Ruhrkredit

Reichstags-Sitzungsbericht.

(Eig. Drahtb.) Berlin, 25. Januar.

In der fortgesetzten Debatte zum Reichsetat spricht Koch (Dem.): Die Jahre nach dem Kriege haben gezeigt, wie wohltuend und mächtig die verantwortliche Mitarbeit der Sozialdemokratie auf die von ihr vertretenen Massen wirkt hat. (!)

Groener gibt die Erklärung ab, daß die Reichsregierung sich noch schlüssig werden müsse darüber, ob der Bericht des Spartakommissars Samisch dem Reichstage vorgelegt werden könne.

Genosse Zörgler: Sebering hat für seine Rede vollste Anerkennung beim Bürgertum gefunden. Seine Rede war ein Abgeben der Bittenskarte zur Beteiligung an der nächsten großen Koalition. In der ganzen Rede sucht man vergebens auch nur das Wort Sozialismus. Daher der Name Sozialdemokratie. Interessant ist, daß die staatsmännische Rede Seberings auch den vollsten Beifall der linken Sozialdemokratie gefunden hat. Kämpfer war geradezu begeistert von dieser Rede.

Die Schaffung des Einkommensteuers wird am meisten propagiert von den Vertretern des Trustkapitals, die eine Stärkung des zentralen Machtapparats verlangen. Man fängt an mit dem Versuch der Abdrückung aller sozialen Ausgaben der Städte, wofür Reichsbankpräsident Schacht sich besonders eingesetzt hat. Die versprochene Verwaltungsreform bedeutet nichts anderes als eine großzügige Rationalisierung des Beamtenapparats, die vor allem im Abbau der unteren und mittleren Beamten besteht wird.

Aber wenn man von Sparbarkeit spricht, wo bleibt die Streikung der Gesandtschaft in München, die allein 54 000 Mark kostet? Die Forderungen der Großbourgeoisie auf Verwaltungsreform haben nur das Ziel der Herabsetzung der Besteuern. Die partikularen Bestrebungen der Reaktion in Süddeutschland werden bei einem Ansteigen der revolutionären Bewegung in offenen Separatismus umschlagen. Die Sozialdemokratie unterstützt die Forderungen der Großbourgeoisie auf Einheitsstaat, wozu die Befreiung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden gehört. Die kommunistische Partei kämpft mit aller Entschiedenheit gegen den reaktionären Partikularismus der süddeutschen Regierungen im Besonderen.

Wir Kommunisten sind für den Einheitsstaat. Wir wissen aber, daß er nur sein kann und sein wird eine einheitliche, sozialistische Räterepublik, die seit 1918 durch die Sozialdemokraten verhindert worden ist.

Herr Sebler ist gegangen, dafür ist General Groener gekommen, den die Arbeiter den „Dunnsott-Generall“ nennen. Er wird dieselbe Politik treiben wie Sebler. Die zahlreicheren Übertrag-

Berühmter Kampf um den Achtstundentag in Gachsen

Freital, 25. Januar. (Eig. Drahtb.) Die über 200 Mann zählende Belegschaft der Sächsischen Gußstahlhütte A.-G. hat am Sonnabend, 13.15 Uhr, entsprechend einem in vorher stattgefundenen Belegschaftsversammlung gefassten Beschluß die Arbeit nach sieben Stunden niedergelegt und den Betrieb verlassen. Die Direktion versuchte noch am Sonnabendmittag, durch den Arbeiterrat die Belegschaft zu veranlassen, die Arbeit am Sonnabend erst nach acht Stunden, ausschließlich einer halben Stunde Pause, zu beenden. Diese von der Direktion geforderte Regelung der Sonnabend-Arbeitszeit entspricht dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Betriebsrat und der Direktion. Die am Sonnabendmittag stattgefundenen Belegschaftsversammlung beschloß jedoch, unter allen Umständen an dem früher einmal gefassten Beschluß festzuhalten und Sonnabends nur sieben Stunden zu verfahren. Daraufhin hat die Direktion, wie bereits gestern gemeldet wurde, den Gesamtbetrieb stillgelegt.

Der Kampf in Mitteldeutschland wird mit ungebrochener Kraft fortgesetzt.

Die Verhandlungen über den Manteltarif der Metallindustrie Thüringens sind gescheitert.

Kündigung des Arbeitszeitabkommens und der Lohnordnung im Ruhrbergbau

U. Gfen, 24. Januar. Hier fand heute vormittag eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände statt. Einstimmig wurde beschlossen, das Arbeitsabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April zu kündigen.

Was geht bei der Bauhütte Waldenburg vor?

(Eig. Bericht.) Waldenburg, 24. Januar.

Gestern, vormittags 9 Uhr, ist die gesamte Arbeiterpartei sowie das Personal des Betriebes der Bauhütte entlassen worden. Wie

Unerschämte Forderungen der Landbändler

Neuer Holzwucher gefordert.

(Fig. Bericht.) Berlin, 21. Januar.

Die am 23. Januar in Berlin versammelten Landbündler von Brandenburg, Pommern, Schlesien, Ostpreußen, Oldenburg, Thüringen, Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hansestädte Lübeck und Hamburg, Anhalt, Freistaat Sachsen, Westfalen und Provinz Sachsen haben eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

1. Wir dulden keine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wir aus eigener Scholle hervorbringen können.
2. Wir werden unsere Betriebe, so schnell als die Wirtschaftsform des einzelnen Betriebes es erlaubt, auf die einfachste Form umstellen und alle nur irgendwie vermeidbaren Ausgaben an Bauten, Maschinen, Pflanzdünger unterlassen. Der Zuckerrübenbau wird soviel unterbleiben, als nicht genügende Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.
3. Wir stehen zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, können aber Zahlungen an Wechseln, Zinsen, Steuern und Abgaben nur noch aus den ausfallenden Erträgen des Betriebes zahlen.
4. Gegen eine zwangsweise Befriedigung aus landwirtschaftlicher Substanz, die nicht mehr weiter verschleudert werden darf, sondern in unseren Händen zu verbleiben hat, werden wir von Fall zu Fall die uns notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

Die Landbändlerrechtlichkeit wächst. Sie bitten: „Wir dulden keine Einfuhr.“ Wir zahlen nur Steuern, wenn es uns ist. Und wir werden die geeigneten Maßnahmen von Fall zu Fall ergreifen, wenn die Regierung nicht nach unserer Pfeife tanzt. Der Zweck des Vorstoßes ist, größeren Einfluß auf die polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen zu gewinnen und der Regierung neue Liebesgaben und Steuergeschenke an die Großagrarien zu erpressen. Da weite Schichten wirklich schwer um ihre Existenz kämpfender kleiner und mittlerer Landwirte — besonders in Schlesien und Ostpreußen — sich in der Gefolgschaft der Großagrarien befinden, ist ihnen ihr demagogisches Spiel erleichtert.

Für die Massen der städtischen Verbraucher heißt es jetzt, die Augen offen zu halten, damit nicht durch neuen Holzwucher (die Landbändler nennen es verschämte Schütz der Scholle) ihre Lebenshaltung noch weiter verteuert wird.

Kleine politische Nachrichten

Die Sitzung des Preussischen Staatsrats. — II. Berlin, 24. Januar. Der Preussische Staatsrat trat am Dienstag zu einem neuen Sitzungsdienstag zusammen. Er stimmte den Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zum Unterhalt öffentlicher Brücken zu, ferner dem Gesetzentwurf, der für die Verbesserung der Vorstudien in der unteren Oberstufe Millionen Mark vorsieht.

Der britische Generalrat für Arbeitsgemeinschaftspolitik. Der Generalrat der britischen Gewerkschaften besaßte sich gestern mit der Frage der Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen. Er gab nach dreizehnstündiger Sitzung eine Communiqué heraus, in dem mitgeteilt wird, daß der Generalrat das eingesetzte Komitee zu gemeinsamen Besprechungen mit den Unternehmern bestätigt und es zu weiteren Unterhandlungen ermächtigt. Das Komitee besteht aus Turner Thomas und anderen Vertretern des rechten Flügels.

Der 3. Februar nationaler Feiertag in Indien. — III. London, 24. Januar. Wie aus Delhi berichtet wird, hat das Kalkutta-Komitee eine Zusammenkunft der Moskems und des lokalen Kongresskomitees für den 3. Februar, den Tag der Ankunft der englischen Verfassungskommission, einberufen. Der 3. Februar soll als nationaler Trauertag begangen werden.

baren Staatstitel im Marine- und Heeresetat lassen auch für die Zukunft der Korruption alle Möglichkeiten der Entlastung. Vergleicht man damit die Ausgaben für Kulturaufgaben, so ist festzustellen, daß hierfür kein Geld vorhanden ist. Nur ein Beispiel: Der Deutsche Lehrerbund hat in einer Eingabe darauf hingewiesen, daß noch immer 40 000 junge Lehrer und Lehrerinnen, die seit Jahren außerhalb der Schule stehen, sich in einer bitteren Notlage befinden. Er weist darauf hin, daß 1920 für die Unterhaltung 6 Millionen Mark bereitgestellt wurden. Diese Mittel wurden 1927 wieder gestrichen und auch in den Etat für 1928 nicht aufgenommen.

Der Abgeordnete Seering hat seine Rede geschlossen mit dem Satz, indem er sich an die Deutschnationalen wandte: Ihr werdet sterben, während wir leben. Ich will meine Ausführungen schließen und sage: die revolutionäre Bewegung in Deutschland lebt und wird weiterleben.

Der kommunistische Antrag auf Veröffentlichung des Berichts über den Hübner-Standal wird von den Bürgerblockparteien abgelehnt.

Es folgt hierauf die Beendigung der bereits zweimal abgebrochenen Debatte über die Ruhrindustriellen.

Genosse Rosenbaum erklärt, daß die Zahlungen an die Ruhrindustriellen von Führern des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes angeregt und von führenden Sozialdemokraten, die einmal Minister waren, Schmidt, Sellmann, Braun, gebilligt worden sind. Der sozialdemokratische Antrag verlangt die Zurück-

bezahlung der zuziel (!) bezahlten Gelder. Dagegen fordert der kommunistische Antrag, daß die gesamten 700 Millionen von den Ruhrindustriellen zurückgezahlt werden müssen und daß die verantwortlichen Minister, Reichsminister Marx und Minister Stresemann vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Der (S.P.D.): Auf dem Standpunkt, daß die Industrie allein die Lasten des Ruhrkampfes tragen sollte, habe die S.P.D. nie gestanden. (!) Die Sozialdemokratie hatte 83 (!) Millionen Mark an Überzahlungen festgesetzt.

b. Lindeiner-Wildau (Dm.) singt ein Loblied auf die vaterländische Gesinnung der Ruhrindustriellen.

Bei der Abstimmung erklärt L. S. D. e., daß der Teil des kommunistischen Antrags, der verlangt, daß Marx und Stresemann vor den Staatsgerichtshof gestellt werden sollen, nicht abgestimmt werden könne, da er nicht, wie erforderlich, 100 Unterschriften trage.

Der kommunistische Antrag auf Rückzahlung der 700 Millionen wird vom Bürgerblock, Demokraten und Sozialdemokraten abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 193 Stimmen abgelehnt, ebenso der demokratische Antrag. Mit den Stimmen der Bürgerblockparteien und Sozialdemokraten wird hierauf dem Bericht des Ausschusses zugestimmt. Praktisch bedeutet dies, daß die Ruhrindustriellen die 700 Millionen behalten können.

Als Ausschuhberichtersteller gibt Genosse Kunzenberg den Bericht über den Justizetat.

Roter Frontkämpferbund in Oesterreich gegründet

Am 21. und 22. Januar fand in Wien der offizielle Gründungsfest des R.F.B. und des Roten Jungsturms Oesterreichs statt. Der Kongress war besetzt mit etwa 130 gewählten Delegierten. Davon waren ein Drittel organisierte Sozialdemokraten (!) und 15 parteilose Arbeiter, die übrigen Kommunisten. Außerdem waren über 200 Gäste, darunter zahlreiche Betriebsdelegationen, anwesend. Die Sonntagstagung erreichte ihren Höhepunkt in der

Begrüßungsansprache des Genossen Thälmann,

der mit anerkennendem, stürmischem Beifall der Delegierten und Gäste empfangen wurde.

Er analysierte kurz die wirtschaftliche und politische Lage, zeigte die sozialen Wurzeln des internationalen Faschismus auf, ging besonders auf den österreichischen Faschismus ein, mit dem die Bourgeoisie auch hier ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen sucht. An Hand von konkretem Faschismaterial kennzeichnete er die klägliche Haltung der österreichischen Sozialdemokratie und der Führung des Republikanischen Schutzbundes. Der spontan mit bewaffneter Macht des Proletariats durchgeführte Aufstand am 15. und 16. Juli in Wien war der explosive Ausbruch der Stimmung des Proletariats, das über die Köpfe der Führer hinweg den Kampf gegen den Faschismus und seine Verbündeten aufnehmen will. Das konterrevolutionäre Verhalten der sozialdemokratischen Führer in diesem Kampf spornete die faschistischen Organisationen zu noch härterer Aktivität an. In dieser Situation ist die Bildung des R.F.B. eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn die Schutzbundführung erklärt, die Gründung des R.F.B. in Oesterreich sollte die Arbeiterbewegung, so können wir ihr an Hand der Praxis des Schutzbundes, vor allem der Beschlüsse der 5. Reichstagskonferenz, beweisen, wo die Spalter sitzen. Im Republikanischen Schutzbund selbst. (Beifall.) Durch die Beschlüsse dieser Konferenz wird der Schutzbund zur sozialdemokratischen Parteigarde degradiert, während an der Bekämpfung des Faschismus das gesamte Proletariat ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu den politischen Parteien interessiert ist. Mit der Bildung des R.F.B., der sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter umfasst, ist die Grundlage für eine solche große Massenorganisation in Oesterreich gegeben. In brüderlicher Solidarität wird auch R.F.B. und Rote

Jungfront in Deutschland zur Seite stehen und mit euch gemeinsam den Faschismus niederringen.

Die Ansprache wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Ein aus der Mitte der Delegierten gestellter Antrag, den Genossen Thälmann zum Ehrenvorsitzenden des R.F.B. zu wählen, fand einstimmige Annahme.

Die politische Resolution wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen. Zum Bundesführer wurde Genosse Flegler gewählt. Die Bundesführung setzt sich aus sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zusammen. Den Abschluß des Kongresses bildete eine öffentliche Kundgebung, auf der Genosse Thälmann zu der viel tausendköpfigen Masse sprach.

Deutsche Waffenschickungen

(Fig. Drahtb.) Berlin, 23. Januar.

In Haushaltsauschuß des Reichstages erklärte Stresemann, die Marineleitung habe ihm auf Anfrage geantwortet, keine ihrer Stellen habe mit Waffenschickungen an China zu tun. Dasselbe erklärt auch das Reichswehrministerium. Beide Erklärungen sind verfehlt. Es steht fest, daß der aktive Oberleutnant Proke und der Oberregierungsrat Deuser an den Krieger Schickungen beteiligt sind. Die verantwortlichen Stellen, die heute dreistügen werden dann später erklären, es handele sich um Privatpersonen, oder die Waffen seien nicht nach China bestimmt gewesen.

110 000 Mark bei der Reichsbank unterschlagen

Wien, 23. Januar. (Fig. Bericht.) Hier wurde der Bankbeamte Haselbach wegen großer Unterschlagungen, begangen bei der hiesigen Reichsbankfiliale, verhaftet. Man spricht von einer Summe von 110 000 Mark. Bisher hat sowohl das Reichsbankdirektorium wie auch die bürgerliche Presse hartnäckig geschwiegen.

Kriegerverein'er über allen Rote Frontkämpfer

In Frankfurt a. d. O. überfielen Kriegervereiner während einer Versammlung Rote Frontkämpfer. Zwei Kameraden sind derart brutal mißhandelt worden, daß sie in die Klinik übergeführt werden mußten. Insgesamt sollen etwa 20 Personen verletzt worden sein.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

Sobald waren die Kerzen nacheinander erloschen, und die verbleibende Nacht dunkel und wild aus neue Hermebergelichter, als Pierre und Marie merkten, daß sie sich immer auf derselben Stelle befanden. Hand in Hand unter der geheimnisvollen Hölle der Räume. In der Ferne, in den dunklen Straßen von Lourdes gingen nur noch verirrte Pilger, die sich nach dem Weg erkundigten, um ihr Lager aufzusuchen. Im Schatten streifte und huschte alles herum, was am Ende von Festtagen sich umhertreibt und den Schlaf sucht. Sie aber vergaßen sich selbst, wichen nicht von der Stelle und lächelten sich unansprechlich glücklich in dem Dasei der unsichtbaren Rollen.

IV.

Pierre wollte Mariens kleinen Wagen vor die Grotte und brachte ihn so nahe wie möglich beim Gitter unter. Mitternacht war vorüber, und stliche hundert Personen befanden sich noch dort; die einen saßen auf den Bänken, die meisten lagen, wie bis zur Verachtung in das Gebet vertieft, auf den Knien. Die von den Kerzen beleuchtete Grotte flammte gleich einer leuchtenden Kapelle, ohne daß man darin etwas anderes unterscheiden konnte als den stummstimmenden Stanz, aus dem in ihrer Mitte die Statue der heiligen Jungfrau traumhaft weiß aufstach. Das herabfallende grüne Laub nahm einen Emancipationsan; die tausend Kränze, welche die Wöllung bekleideten, glühten einem unentwirrbaren Netz abgehörten Holzes, das indes bald wieder grünen zu wollen schien. Durch einen so leuchtigen Glanz wurde die Nacht noch dunkler; die Umgebung verank in einem dichten Schatten, in dem man weder Hände noch Köpfe mehr erkannte. Nur die ununterbrochen wummelnde Stimme des Gabe ließ sich vernehmen; er wälzte in der Nähe seine Wellen vorüber, die unter dem hohen, ruhigen, von der Schwüle eines Gewitters beladenen Himmel eine köstliche Frische entspranten. „Befanden Sie sich wohl, Marie?“ fragte Pierre sanft. „Gierst es Sie nicht?“

Ein Schauer war über sie hingelassen. Aber er war nur ein schwacher Hauch aus dem Jenseits, den ihr die Grotte zugunehmen schien. „Nein, nein! Ich fühle mich ganz wohl! Bleiben Sie nur den Sporn über meine Knie... Ich danke, Pierre! Und bemerken Sie“

Sie sah meinetwegen nicht; ich habe niemand mehr nötig, denn jetzt bin ich bei ihr... Ihre Stimme verlor sie. Sie fiel bereits in Ekstase, mit gefalteten Händen, die Augen zur weißen Statue erhoben, und ihr armes, krankes Gesicht war ganz von Glückseligkeit verklärt.

Inzwischen verweilte Pierre noch einige Minuten an ihrer Seite. Er hätte sie, da er ihre kleinen, abgemagerten Hände zittern sah, gerne in den Schoß eingesamelt. Aber er fürchtete sich, dies gegen ihren Willen zu tun, und begnügte sich, sie wie ein Kind zuzudecken; sie, die ihre Gedanken auf die beiden Köpfe des Wagens aufgeschützt, sich halb erhoben hatte, bemerkte ihn schon nicht mehr.

Eine Hand fand in der Nähe, und am sich selbst zu sammeln, leuchte er sich darauf, als seine Blicke auf eine im Schatten liegende Frau fielen. Es war schwarz gekleidet, erschien so klein und hielt sich so bescheiden im Hintergrund, daß er sie zuerst gar nicht wahrgenommen hatte, so sehr verschwand sie in der Finsternis. Dann erriet er in derselben Frau Marie. Der Gedanke an den Brief, den sie im Laufe des Tages erhalten haben mußte, fiel in ihm auf, und er bemitleidete sie. Er fühlte die Verlassenheit dieser Einsamen, der keine physische Wunde geheilt zu werden umschme, sondern die von der heiligen Jungfrau nur verlangte, sie solle ihr Herzleid stillen durch die Bekehrung ihres untrünen Mannes. Der Brief mußte irgendeine harte Antwort enthalten haben, denn mit geneigtem Angehört schien sie in der Demut eines armen gepinigten Geschöpfes zu verweilen. Nur zur Nachtzeit mochte sie sich hier ganz verbergen; sie war glücklich, sich so ganz in ihr Leid verjense, Stunden hindurch weinen, ihr Martyrium erdulden und um die Wiederkehr der verjensehnden Anteilnahme flehen zu können, ohne daß jemand ihr schmerzliches Geheimnis vermehrte. Ihre Lippen bewegten sich nicht einmal; nur ihr gequältes Herz betete und verlangte, außer sich vor Sehnsucht, nach seinem Anteil an Liebe und Glück.

Ah, dieser unlösliche Durst nach Glück! Wie diese an Leib und Seele Verzweheten führte er hierher, und auch Pierre fühlte, wie er ihm die Knie anstreckte und ein fremdes Bedürfnis erweckte, gelöst zu werden. Er hätte sich auf die Knie werfen und den göttlichen Heiland mit dem demütigen Glauben dieser Frau anflehen mögen. Aber seine Glieder waren wie gefestigt, und er fand die nötigen Worte nicht. Es war eine Erleichterung für ihn, als er fühlte, daß jemand seinen Arm beschützte.

Herr Abbe, lassen Sie doch mit mir, wenn Sie die Grotte nicht kennen. Ich werde Sie dort bringen. Man befindet sich zu dieser Stunde recht gut darin.“

Er erhob den Kopf und erkannte den Baron Enire, den Vorreher der Hospitalität Notre Dame de Salut. Ohne Zweifel hatte

ihn dieser wohlwollende und aufrichtige Mann liebgewonnen. Er nahm die Einladung an und begleitete denselben in das Innere der durchaus leeren Grotte. Der Baron verschloß sogar hinter ihnen das Gitter, zu dem er einen Schlüssel besaß.

„Sehen Sie, Herr Abbe,“ sagte er, „das ist die Stunde, zu der man sich wahrhaft wohl hier befindet. Wenn ich einige Tage in Lourdes zubringe, so lege ich mich selten vor dem Morgen zu Bett, weil ich gewohnt bin, hier die Nacht zuzubringen... Es ist niemand mehr da; man befindet sich so allein, und nicht wahr, wie hübsch es ist! Man fühlt sich wie bei der heiligen Jungfrau zu Hause.“

Er lächelte mit der Miene eines gutmütigen Mannes und machte als alter Besucher die Honneurs der Grotte, zwar ein wenig von seinen Jahren entkräftet, aber voll von einer wirklichen jählichen Anhänglichkeit an diesen reizenden Winkel. Uebrigens zeigte er sich trotz seiner großen Frömmigkeit nicht im geringsten verlegen; er plauderte darin und gab Erklärungen mit der Vertraulichkeit eines Mannes, der weiß, daß er mit dem Himmel auf freundschaftlichem Fuße steht.

„Ah! Sie betrachten die Kerzen... Es brennen zu gleicher Zeit nahe an zweihundert Tag und Nacht hindurch; auf diese Art wird die Grotte schließlich geheizt... Selbst im Winter ist es ganz warm hier.“

Pierre ging im sanftwarmen Geruch des Wachses in der Tat ein wenig der Atem aus. Geblendet durch die lebhafteste Helligkeit, in die er eintrat, betrachtete er den großen Kerzenkinder in der Mitte, der wie eine Pyramide gefastet und ganz mit kleinen Kerzen besetzt war, so daß er einem flammenden, aus Sternen gebildeten Dreieck glich. Im Hintergrund hielt ein fast in der Höhe des Erdbodens angebrachter gerader Leuchter die biden, in einer Linie von ungleicher Höhe wie Orgelpfeifen aufgesteckten Kerzen, von denen einige den Umfang eines Schenkels hatten. Noch andere Kerzenkinder, die schweren Armleuchtern glichen, waren da und dort auf den Vorsprüngen des Felsens aufgestellt. Die Wöllung der Grotte senkte sich nach links, und dort war das Gestein wie angebrannt und schwarz gefärbt von den ewigen Flammen, die es seit Jahren erhitzen. Ununterbrochen ging ein Regen von Wachs wie unwahrscheinbarer Schneefall nieder; die Schalen der Kerzenkinder rieselten davon über und nahmen von dem ohne Unterlaß sich verblühenden Staub eine weiße Färbung an; der ganze Felsen war damit überzogen und sählte sich fett an; namentlich aber bedeckte den Boden eine solche Wachslicht, daß Unfälle vorgekommen waren. Man hatte eine Art Strohmatten ausbreiten müssen, um zu vermeiden, daß jemand niederstürzte.

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Sind die Stadträte im kommunalen Arbeitgeber-Verband Lügner?

Ein städtischer Arbeiter schreibt uns: Bei der zwischentariflichen Lohnverhandlung für die städtischen Arbeiter haben sich die reformistischen Gewerkschaftsführer sehr unternehmerfreundlich gezeigt. Sie nahmen den Brosamen von zwei Pfennig beim Spitzenlohn ergebenst an. Die Arbeitgebervertreter machten anscheinend im guten Einvernehmen der Reformisten kein Hehl aus dieser Stimmung. Bei den Anträgen der städtischen Arbeiter an die Stadtparlamente selbst gaben die Stadtväter der einzelnen Städte den Bericht von der Lohnverhandlung, daß die Arbeitnehmervertreter keinerlei Ansprüche stellten, weil sie tariflos sind. Gleichfalls sollten die Arbeitnehmervertreter das Vorgehen einiger Kollegen, die sich direkt mit Forderungen an die Stadterverwaltungen wandten (und wie in Oppeln etwas erreichten) gerügt haben.

Dem Gauleiter Missek wurde das in der Versammlung der städtischen Arbeiter in Oppeln vorgehalten. Er erklärte darauf öffentlich, daß die Stadträte, die das obengenannte gesagt haben, es war bei der Stadtbaurat Wendt, Oppeln, in der am 22. 12. stattgefundenen öffentlichen Stadtverordnetenversammlung, und Stadtrat Dr. Jeglinski in Gleiwitz, nur Unwahrheiten hinausgeschleudert, das Angeführte sei vollkommen falsch.

Wem ist hier zu glauben? Wer sind die Lügner? Die reformistischen Gewerkschaftsführer? Dann aber sofort weg mit den Verrätern! Oder die Stadträte, mit denen dann dasselbe passieren muß!

Gleiwitz

Glänzender Verlauf der KPD-Feier

Am Freitag, dem 20. Januar, fand in einem der größten Säle von Gleiwitz die K.P.D.-Feier, einberufen von der K.P.D.-Ortsgruppe Gleiwitz, statt. Der große Saal konnte die vielen Menschenmassen nicht fassen. Bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung war der Raum vollständig überfüllt und Hunderte von Arbeitern konnten keinen Einlass finden. Die Darbietungen, die viereinhalb Stunden dauerten, wurden von den Anwesenden sehr sympathisch aufgenommen. Der Genosse S. L. G. sprach eingehend über die Bedeutung des Tages für die Arbeiterklasse. Er streifte den Krieg, schilderte den Verrat der Sozialdemokratie und das „Rein“ Liebknecht bei den Abstimmungen über die Kriegskredite im Reichstage. Die Bourgeoisie wußte, daß Liebknecht, Luxemburg, Jogiches u. a. nicht vom selben Holze der Ebert und Scheidemann geschnitten sind. Als Liebknecht die Arbeiter zum Kampf gegen das wahnsinnige Völkermord aufrief, schickten ihn die deutschen Militaristen auf vierzehntägige Haft ins Zuchthaus. Das Bürgertum und die Sozialdemokraten konnten aufpassen, sie glaubten, nun ihr unsauberes Handwerk ungehindert fortsetzen zu können.

Die Genossin Luxemburg mußte kurz nach Kriegsbeginn auf ein Jahr ins Gefängnis wandern. Sie arbeitete mit aller Kraft für Beendigung des Krieges — im Sinne des revolutionären Definitismus — und den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft.

Inzwischen wurde die Situation für die kriegsführenden Mächte immer schwieriger. In Rußland wurde der Zarismus gestürzt, aber der Krieg tobte weiter.

Lenin, der in der Emigration lebte, fuhr im plombierten Wagen durch Deutschland nach Rußland. Dieser geniale Praktiker der Revolution war aber auch gleichzeitig einer der größten Theoretiker des Sozialismus. Er schuf die Vorbedingungen für den Oktober. Ihm kam es eben nicht nur darauf an, die Welt zu internationalisieren, sondern zu verändern. Lenin stellte die von den Sozialdemokraten getrennte Einheit von Theorie und Praxis wieder her. Er ist der Vater der russischen Revolution. Rußland wiederum der Hort der Weltrevolution. Im November 1918, als der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten war, befreite das Proletariat Liebknecht aus dem Zuchthaus. Karl und Rosa, die von den Massen begeistert geliebt wurden, nahmen sofort den härtesten Kampf gegen die Verräter der Revolution, die kaiserlichen Staatssekretäre und Reichskanzler auf, mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur der Arbeiter. Die Bourgeoisie, die um ihre Privilegien zitterte, entfaltete im Verein mit der Sozialdemokratie eine schamlose Hege gegen die Führer der Revolution. Am 15. Januar 1919 wurden sie als ein Opfer dieser Hege ermordet durch Kugeln und wuchenschnelle weigardische Offiziere, die ihre Niederlage nicht vergessen konnten. Liebknecht wurde als unbekanntes Leiche in das Leichenhaus gebracht, Rosa wurde von den Schurken in den Landwehrkanal geworfen. Aber auch Lenin, dieses gewaltige Genie, sollte nur ein kurzes Alter erreichen. Die vergifteten Kugeln der Sozialrevolutionärin Dora Kaplan raubten seinem Körper die Widerstandskraft. Er starb am 21. Januar 1924 unweit von Moskau.

Die Namen Lenin, Liebknecht, Luxemburg werden der Arbeiterklasse immer ein Symbol sein. Ihr Gedenken empfindet die gesamte Arbeiterklasse schmerzhaft. Aber durch die Anstrengungen des revolutionären Proletariats wird auch dieser Verlust ausgemerzt und das begonnene Werk fortgesetzt.

Der Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes richtete ebenfalls markante Worte an die anwesenden Jungarbeiter. Die theatralischen Darbietungen fanden eine sehr gute Aufnahme. Besonders gefiel das von den Beuthener Genossen vorgetragene Theaterstück „Die Gewehre“ und „Gerechtigkeit“. Das unter Mitwirkung der kommunistischen Jugend aufgeführte Theater trug ebenfalls viel zum vollen Erfolg des Abends bei. Auch die Kapelle des K.P.D. ist den an sie gestellten Ansprüchen voll und ganz gerecht geworden.

Die Rundgebung war ein voller Erfolg für die kommunistische Partei.

Oppeln

Leninfeier! Am Sonnabend, dem 21. 1., beging die K.P.D. sowie die K.P. in der Aula der Oberrealschule den 4. Jahrestag des Todes unseres Lenins. In Anbetracht des so bedeutenden Tages für die gesamte Arbeiterklasse ließ der Besuch noch zu wünschen übrig. Die Veranstaltung nicht besucht zu haben, wird allen ein zu bereuendes Bedürfnis sein. In einem Lichtbildervortrag wurde Lenins Werk und Wirken eingehend geschildert. Besonders daraus hervorgehoben, würde zu weit führen. Die anschließende Rede des Genossen Chefredakteur Rudert, Breslau, war dem Tage angepaßt und konnte einen weiteren Blick über Lenin und sein noch fortzusetzendes Werk geben. Die Ausführungen wurden von allen beifällig aufgenommen. Ein erhebendes Moment brachte der zweitägige Film „Lenins Verurteilung“. Die ganze Liebe seiner Mitarbeiter sowie der gesamten Bevölkerung kam hier voll zum Ausdruck und wird gewiß einem jeden nahe gegangen sein. „Lenins Tod“ wurde vom Jugendgenossen Zingler als Abschluß der gelungenen Feier vorgetragen.

Hinterherum! Wie im Kriege mit den Hintertürmen der Besserbesserten, so machen es heute noch vielfach die Ärzte. So ein armer strahlenlosener Patient kann oft stundenlang ungeschützt seiner Krankheit im Wartezimmer sitzen, ehe er zur Bluntersuchung dran kommt. Kommt eine gnädige Frau oder ein feiner Herr, so steht ihm sofort der Herr Doktor zur Verfügung. Sind die Arbeiter etwa schlechtere Menschen? Lassen Sie, verehrte Ärzteschaft, also das Hintertürchen für den Geldfaß zu!

„Das könnte halten wie die Dachbeder!“ Die schlesischen und ober-schlesischen Dachbedermeister hatten am Sonntag ihren Gau-tag. Eine magere Ehrenrunde grüßte die vom Bauhof kommenden Meister. Die Rückwand der Hofe wies einen ganz originellen Spruch auf, der wohl von den Dachbedern ganz verschieden entziffert worden sein wird: „Christ Eure heuligen Meister, denn damit Ihr gute Meister.“ Ich selbst sehe keine besonders gute Lösung, darum halte ich wie die Dachbeder, bloß nicht so hoch.

Die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten städtischen Arbeiter im ganzen Bezirk mühten sofort Klarheit von ihren Angehörigen zu verlangen; denn schon stehen neue Lohnverhandlungen vor der Tür, bei denen wir uns bestimmt nicht mehr betrogen lassen wollen. In den Stadtparlamenten haben ebenfalls im Interesse der Allgemeinheit sowie der eigenen Reinlichkeit die Stadtverordneten die Pflicht, die Wahrheit ans Licht zu bringen. G. S.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der Zeit vom 16. bis 21. Januar ist in Oberschlesien die Zahl der Arbeitslosen von 60 457 auf 60 547 gestiegen. Das Arbeitsamt gibt folgenden Lagebericht:

In der Landwirtschaft herrscht reger Nachfrage nach weiblichem Personal. Männliches Personal wird vereinzelt gefordert. — Im ober-schlesischen Bergbau ist die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vormonats unverändert, doch finden vereinzelt Anstellungen statt. — In der Metallindustrie ist eine Besserung der Arbeitsmarktlage nicht zu verzeichnen. — Im Baugewerbe hält die leichte Besserung der Arbeitsmarktlage an. — In der Holzindustrie ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu verzeichnen. Weitere Entlassungen sind zu erwarten. — Für Hausangestellte ist die Arbeitsmarktlage verhältnismäßig gut. — Die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie ist weiter schwach. — Für Büro- und kaufmännische Angestellte ist eine Besserung der Arbeitsmarktlage noch nicht eingetreten. — Für ungelernete Arbeitskräfte fanden sich ab und zu Beschäftigungsmöglichkeiten.

In fünf Tagen 15 Jahre Zuchthaus ausgesprochen! Die erste Schwurgerichtsperiode im Jahre 1928 hatte sechs Straffälle zu bearbeiten, davon drei wegen Mordes und Verletzung zum Tode, eine Sache wegen vorsätzlichen Totschlags, dann Mord und schweren Raubes und eine wegen Aufruhrs. Die Urteile lauteten auf insgesamt 14 Jahre 9 Monate Zuchthaus, zwei Jahre fünf Monate Gefängnis und drei Freisprüche. Der bürgerlichen Moral, welche die Hauptschuld an den Verbrechen trägt, ist wieder Genüge getan worden.

Achtung! Parteimitglieder der Zelle Stadt! Am Mittwoch, dem 25. Januar, um 19.30 Uhr, im Keller Sternstraße 4, Versammlung. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Alle Mitglieder haben bestimmt zu erscheinen.

Oppeln. „Ihr laßt die Armen schuldig werden.“ Vor dem Schwurgericht stand vor einigen Tagen wieder einmal ein Dienstmädchen, die wegen Mordes angeklagt war. Die Angeklagte hatte in ihrer Verzweiflung ihr 5. Kind auf dem Wege zum Provinzial-Gebammeninstitut in den Busch geworfen, da sie von der Niederkunft überrascht wurde. Nach einträglichem Umhertreiben begab sie sich dann ins Institut. Obwohl die ganze Art der Ausführung der Tat dafür spricht, daß die Verzweifelte bei Begehung derselben nicht Herr ihrer Sinne war, wurde sie — bei Zustimmung „mildernder Umstände“ — zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Bei guter Führung soll sie nach Verbüßung der Straffälle dem Amnestierungsfest erhalten. Diese „Gnade“ ist heuchlerisch. Auf Freispruch auf Grund des § 51 wäre bei einer Gnädigen in gleicher Lage erkannt worden.

Beuthen

Verabendend der Arbeiter-Samariter. Am Sonntag, dem 20. 1., findet im Volkshaus Beuthen, nachmittags 4 Uhr, ein Verabendend zwecks Gründung einer Kolonne statt. Nach einem auffälligen Vortrag wollen Gleiwitzer Naturfreunde und Arbeiter-Samariter sowie Beuthener Genossen einen bunten Abend ausstellen, dem sich Tanz anschließt. Von der Beuthener Arbeiter-Samariter erwarten wir zahlreich Teilnehmer. Es gibt nur ein Sanitätskorps der arbeitenden Bevölkerung, das sind die Arbeiter-Samariter.

Ratibor

Aus dem Stadtparlament

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hat die Arbeiter-Samariter Partei wieder einmal das wahre Gesicht der Zentrumspartei und ihrer Latenzen beobachtet können. Gleich bei der Kenntnisnahme hat der Vorsitzende Fröhlich (Ztr.) vergessen, das Schreiben der Ortsarmen und Kriegenunterstützungsempfänger zur Verlesung zu bringen, das auf die unerhörten Zustände in der Braustraße im Wohlfahrtsamt Bezug nahm. Genosse Romal brandmarkte scharf das unerhörte Vorgehen einzelner Beamter in den Büros, stellte den Antrag, die Sprechstunden für die einzelnen Gruppen um je eine Stunde pro Woche zu verlängern und größere Räume für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister Katsch sprach von der angeblichen Undurchführbarkeit dieser Vor schläge. Herr Vorsitzende Fröhlich meinte, daß, wenn die Leute am Armenamt in den Morgenstunden schon angetreten sind, so verdienen sie keine bessere Behandlung.“ Natürlich blieben unsere Genossen die Antwort nicht schuldig.

Die Jahresrechnungen für 1926 wurden gegeben. Bei der Magistratskonferenz kam u. a. zur Sprache: Die Beschlußfassung über die Aufhebung der Pflichtfeuerwehr, Bewilligung von 1360 Mark für das Museum und der Bau eines Schuppens auf dem Gute Studzienna im Werte von 4000 Mark. Man unterbrach die öffentliche Sitzung und ging zur geheimen über. Dort kamen einige Grundstücksverkäufe zur Verhandlung. Auch der Eingemeindungssache von W. wurde zugestimmt. Dann wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und man ging zur Beratung einiger Haushaltspläne über. Bei der Aussprache über die Unfallstation beantragte Genosse Kornitzky, daß in Zukunft für die minderbemittelte Bevölkerung beim Gebrauch des Krankenwagens die Kosten des Wohlfahrtsamts getragen solle. Beim Museum, das mit 17 230 Mark Fehlbetrag abschließt, beantragte Genosse Romal, daß der Magistrat an die Provinz und an den Kreis herangehen müßte, um auch dort etwas herauszuholen, damit sich der Fehlbetrag für die Kommune nicht so groß erweise. In dem Etat der Hochbauverwaltung hat der Magistrat verschiedene Streichungen vorgenommen. So u. a. den Bau von 17 Einfamilienhäusern und 53 Einzelwohnungen in der Siedlung Dittig. Kostenpunkt 602 500 Mark. In längerer Ausführungen sprach Genosse Romal zu dieser schändlichen Wohnungspolitik des Magistrats. Nach einer Fählung vom vorigen Jahre sind in Ratibor 2387 Wohnungen zu bauen, wovon 850 ohne je eine Wohnung und 872 in gesundheitsgefährlichen und baufälligen Häusern zum Teil schlimmer wie das Vieh zusammengepfercht sind. Unsere Genossen stellten fest, daß der Magistrat den privaten Hausbau der kleinen Leute, die mit einigen tausend Mark Ersparnissen mit Hilfe des Hauszinsgeldes bauen wollen, verhindert. Der Genosse Romal holte sich dadurch einen Ordnungsruf, weil man den Herren auf die Fähne gefüßt hatte. Trotz des Ordnungsrufes hielt der Genosse seine Aussagen aufrecht. Vor der Eingemeindung von Studzienna haben einige Proleten von der Gemeindevorstand, die etwas erspartes Geld und auch eine große Familie besaßen, an dem Wojnowitzer Weg, in den Sandgruben, Baupläze gekauft, fünf Plätze kommen in Betracht. Es wurde der Quadratmeter mit 40 Pfennig bezahlt. Nach der Eingemeindung beschlagnahmen die Herren der Magistrat das Gelände und unterlagte das weitere Bauen. Erst nach dreiviertel Jahren gelang es durch unsere Genossen, die verschiedenen Hindernisse zu beseitigen, um den armen Leuten wieder zu ihrem Hausbau zu verhelfen. Die Leute mühten pro Quadratmeter 60 Pfennig zu zahlen, was sie unserer Ansicht nach nicht brauchen. Wenn auch die Zentrumsleute von der Wohnungsknot fassen, so tun es es nur, um Wohnungen zu bauen, die den Arbeitern bezogen, zum Teil, weil er die Miete nicht bezahlen kann. Die kommunistische Partei stellte den Antrag, den Bau von 200 Arbeiterwohnungen

in der Siedlung Dittig durchzuführen. Die Miete soll so niedrig wie möglich gehalten werden (Stube, Küche und Garten 15 bis 20 Mark). Die Zentrumsleute betrachteten diesen Antrag als eine Wahlmanöver der Kommunisten. Merke Dir Laß, Ratiborer Wohnungsuchender! Beim Hofplatz, wo das Postgebäude von Person O.S. W. ausmacht, beantragte der Genosse Kornitzky, diese auf 120 Mark zu erhöhen. Die anderen Stadtposten waren vom Magistrat noch nicht durchgearbeitet und wurden deshalb bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Beuthen. Donnerstag 19 Uhr im Lokal Neumann, Kurjus, „B. u. d. R.“

Gleiwitz. Donnerstag 19.30 Uhr in den „Drei Jahreszeiten“ öffentliche Versammlung. Thema: „Die Wahrheit über den Ausschlag und die Verbannung von Trocki, Sinowjew“ usw.

Sonstige Organisationen

Beuthen. Sonntag 15 Uhr im Volkshaus Werbestandstellung der Arbeiter-Samariter.

Verantwortlich: für den politischen Teil: Oscar Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt“ und „Waldburg“: Wilhelm Biewald, für „Breslau“, „Edel“ und die übrigen: Helmut Thomaß, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil: Fritz Venedrich, W.D., Gleiwitz. Für Unterseite: W. Gerdner, Breslau.

„Wann Meer und Himmel sich berühren“

Aufgewühlte Meeresstürme — Orkanartige Seestürme — mit diesen Naturgewalten kämpft der Wallfischjäger Barrymore

Kulturfilm: „Zielfang in Abessinien“ und die Volks-Wochenschau

Nur 2 Tage:

Donnerstag, den 26. Januar und

Freitag, den 27. Januar, 5 u. 8 Uhr

in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Kinder von 6 Jahren ab haben Zutritt

Übliche Preise. Zeitig kommen höchst guten Platz

Arbeiter-Sportkartell G. V.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Sonnabend, den 21. 1. und
Sonntag, 22. 1. 15^{1/2} Uhr
Zu kleinen Preisen
Christkindelns Märchenwald
Dienstag, 24. 1. 15^{1/2} Uhr
Zu kleinen Preisen
„Zwölftausend“
Sonnabend, den 21. 1. bis
Freitag, d. 27. 1. tägl. 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Erbschaft“
Von Antonio V. peitua
Sonnabend, d. 28. 1. 20 Uhr
„Spiel im Sch. B.“

Thalia-Theater
Sonnabend, den 21. 1.
Zu kleinen Preisen
„Schneeweißchen u. Rosenrot“
Sonnabend, den 21. 1. bis
Sonnabend, den 28. 1. 28
täglich 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Lüge“
Drama von Wolodymyr
Wynnysschenko
Sonntag, den 22. 1. 28
15^{1/2} Uhr
Zu kleinen Preisen
„Zinsen“

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Spielplan vom 23. bis 29. Januar 1928
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 11
Iphigenie auf Tauris
Donnerstag, 20 Uhr
Jonny spielt auf
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 11
Ophello
Sonnabend, 19 Uhr
Tannhäuser
Sonntag, 20 Uhr
Die Bohème

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Stephan 86 800
Täglich 20 Uhr

Wandletzt haus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 91
Belebung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Masken

und Theater - Kos. um
neu u. preisgekrönt — verleiht billigst
Größtes Spezialhaus
Breslau, Meisergasse 30
H. Wiersing Am Neumarkt — Tel. O. 66

Beuthen

Uraner-, Dauerbrand-Ofen
und Küchen-
nur bewährte Systeme
durch Großverkauf billigste Preise
Koppel & Taterka
Beuthen OS, Hindenburg OS
Piekarer Straße 23 Kröppinzenstr. 137
Telephon 248/2049 Telephon 3190

Hüte, Mützen, Oberhemden
Trikotagen, Schirme, Stücke
Herrenartikel-Bazar
F. Karllner, Beuthen OS.
Schießhausstraße, Ecke Ring

Gleiwitz

L. Pluta
Inhaber Joseph Gutmann
Gleiwitz, Nicolai Str. 11

Destillation und Ausschank

Inserate

haben in
unserer Zeitung

guten

Erlöse

Fache-Qualitätsmarken sind den führenden Marken des In- und Auslandes ebenbürtig!

Geellschaftshaus „Oderstrom“ Uferstraße 48. Telefon Ohle 4511. Verkehrslokal aller Genossen. Jeden Sonntag Tanz. Saal an Vereine zu vergeben. 48858

Bezirk Norden. * Kolonialwaren / Spielzeugen * Johannes Subiasty, Matthiasstr. 80 48847

Fritz Müller, Mühlentriederstr. Spezialität: Mehl, vögelfutter, Sämereien. Matthiasstraße 53 48842

Hugust Ruhn / Binzenstraße 99. Kolonialwaren, Seidenmittel, Zigarren, Zigarettens. 48851

Verhannos, Ruffstr. Billy Sadash. Mehlgasse 41 / Tel. N. 1978 / Haftungsversicherung / Überführung p. Auto. 48854

Molkerei Karl Herrmann. 22 Kreuzburger Straße 22. 48859

Butter-Zentrale, Matthiasstr. 102. Spezialhaus f. Margarine, Naturbutter, Käse, Eier. 2 mal tägl. frisch. Milch. 48839

Musikhaus »Odertor« Vinzenzstraße 59, Ecke Elbingstraße. Musik-Instrumente aller Art. 48838

Haus- u. Küchengeräte, Eisenwaren, Werkzeuge. Schumann, Vinzenzstraße 31. 48857. Beachten Sie meine 3 Schaufenster.

Kohlenhandlung Bernhard Neumann. Große Dreilindengasse 14/10. 48854

Haut-Hörnisch. Matthiasstraße 139, Michaelisstraße 20. 48837

Schuhhaus „Maonet“ Spezialhaus für preiswerte Qualitäts-Schuhe. — Garantie für jedes Paar. 48850

Schleiferei und Sanitätsartikel. Rudolf Wortscheck, Matthiasstr. 20. 48845

Kolonialwaren WALTER TITZE. Trebnitzer Straße Nr. 28. 48828

Dom-Drogerie. Adalbertstraße 47, Ecke Sternstraße. Drogen, Farben, Lacke, Unzeiermittel. 48810

Fritz Lindner, Schulasse 7. Kolonialwaren, Delikatessen, Weine, Zigarren, Obst, Gemüse, Süßfrüchte, Kohlenlager. 48816

Gerhard Hoffmann. Haus- und Küchengeräte. Weinstraße 31. Tel. Ohle 3824. 48858

Fahrradhaus Wilhelm Mathis. Trebnitzer Str. 54 (neb. unser Verlagsgebäude). Fahrräder, Ersatzteile, Reparaturen. Jedgemäss und preiswert. 48827

OTTO FLEGEL. Fleischerei und Wurstfabrik. Trebnitzer Str. 18. 48851

Lebensmittel * Kolonialwaren. Franz Dietrich, Weissenburger Str. 28. 48858

Linden-Drogerie. Inh. Apomeker F. Schulz. Drogen / Farben / Verbandsstoffe. Vinzenzstraße 7. 4881

Gerhard Hoffmann. Weinstraße 31. Tel. Ohle 3824. 48858

Bäckerei u. Konditorei Paul Heinke, Bismarckstr. 4. 48848

Fleisch- u. Wurstwaren, Geflügelfleisch, S. Käse / Weissenburger Straße 10. 48851

Julius Rauchfuß. Schützinger Straße 38. Gasfäbrik, Fabrikation und Verkauf von allen Kolonialwaren. 48857

Musikhaus, Waterloostraße 3. Schallplatten von 95 Pfg. an. Sprechapparate von 18 Mk. aufwärts. Auf Wunsch Teilzahlung. 48841

Joseph Weidner. Kolonialwaren, Lebensmittel aller Art. Gertrudenstr. 21. 48870

Karl Lujan. Kolonialwaren, Zigarren. Matthiasstraße 170. 48820

Franz Stannek. Kolonialwaren. Herzogstraße 21. 48872

Schuhhaus Christmann & Co. Weltbekannte reelle Bezugsquelle. Scheitniger Straße 36. 48800

Brat., Weiß- und Feinbäckerei Paul Mohr. Hirschstraße 69. 48801

Wolff Knorr. Trebnitzer Straße 48. Fischwaren. 48825

Anton Tessorz, Michaelisstr. 21. Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte. 48800

Spezial-Zigarren-Haus. Elogene Fabrikation. Julius Rübner, Matthiasstraße 100. 48805

Out und preiswert. Kauf-Vertrieb in der Bäckerei F. BERGER. Kreuzstraße 38. 48844

Paul Schölzel. Sternstraße 74. Kolonialwaren. 48825

Zigarren, Zigarettens, Tabake. Robert Brandt, Trebnitzer Straße 15. 48830

Kolonial- u. Backwaren. Paul Schmitz, Wörther Str. 12. 48848

Gestützte Paul Kalkbrenner. empfiehlt sich der Arbeiterkassen. Matthiasstraße 175. 48818

Erich Kuhnert, Matthiasstraße 193. Holz-Kohlenhandlung. 48823

Molkerei Neumann. Milch - Butter - Eier - Käse. Paulstraße 11. 47817

PAUL NUNZI, Trebnitzer Str. 68. Anfertigung eleganter Herrenanzüge und Bekleidungs. Reichhaltiges Stofflager. 48853

Bäckerei und Konditorei Strauch's Nachfolger o. Inhaber: B. Frost. Scheitniger Straße 27. 48844

Kolonialwaren, Lebensmittel. Emil Abrakat, Kospothstraße 14. 48810

Schuhhaus Karl Pache. Matthiasstraße 194. gegenüber der Michaelisstraße. 48808

Notz und Plützen für Damen u. Herren. R. Rosner. Gelhornstraße 47. 48818

Josef Dierschke, Bäckerei u. Konditorei. Michaelisstraße 12. 48884

Paul Herrmann, Trebnitzer Str. 64. Bäckerei und Konditorei. 48828

Bäckerei und Konditorei Franz Gernoth. Inhaber: E. Gernoth, Sternstraße 57. 49485

Robert Heinrich. Rosenstraße 23. Fischwaren. 48816

Spezial-Fleisch- und Buttergeschäft ADOLF HOLZ. Sternstraße 65. 48811

Ernst Hildebrand, Kletschkastr. 18. Lebensmittel. 48878

Maria Blass, Fleisch- u. Wurstwaren. Lebensmittelfabrik. 48856

Uhren Reparaturen Max Sommerkorn. Hirschstraße 4. 47218

Schnelbeobachtungs-Anstalt. August Reiste. Wörther Str. 15, Arbeitl. erh. 10% Rabatt. 48814

Fabrik. Unter. Der. Kase. M. Richter, Lehndamm 43, Eck. Hirschstr. 48813

Prima Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt Oswald Zeike. Weissenburger Str. 39. 48829

Radio. Elektr. Anlagen. Elektro-Büro Nord. Matthiasstr. 138. Telefon Ohle 68 2. 47227

Leihhaus. Maxmann. Matthiasstraße 113. Belegb. v. Pländern u. Gelebensmittelskänf. 47229

Blumenhaus Martin Schumann. Elbingstraße 11, Ecke Weissenburger Str. 48815

Fahrradhaus Protobeg. Gutfenauplatz 2, Ecke Martinstraße. 48811

Bäckerei und Konditorei Fritz Reichert, Hirschstraße 63. 48837

Jeder Arbeiter kauft gut und billig in der Bäckerei von Fritz Reichert. Hirschstraße 63. 47218

Radio-Schneidig. Apparate, Lautsprecher, Hörer. Fritz Handitz. Scheitniger Str. 8. 47225

Schokoladen und Konfitüren. Alfred Mehrer, Brigittental 15. 48818

Lebensmittelgeschäft Gertrud Schäfer. Uferstraße 90. 48815

Fahrräder, Motorräder, Reparaturen. Fritz Bismann, Schwendkestr. 32. 48824

Zum Lenin-Heim. Inh. Gertrud Lindner. Oelsnerstraße 27. 48812

Herren- u. Knaben-Konfektion. fertig und nach Maß für Straße, Sport und Gesellschaft. Sämtliche Berufskleidung. Eigene Anfertigung ooo Stofflager. August Cabrot, Adalbertstraße 28. 48852

Schokolade, Obst, Gemüse, Delikatessen, Konfitüren. F. Burghardt. Scheitniger Straße 10. 48855

Feine Fleisch- und Wurstwaren. Bruno Beinlich. Enderstraße 20. 48809

Lebensmittelhaus, Hermann Kühn. Rosenthal, Gartenstraße 2. 48848

Radio. Elektr. Anlagen. Elektro-Büro Nord. Matthiasstr. 138. Telefon Ohle 68 2. 47227

Paul Wuttke, Schuhmacher. Mod- und Reparatur-Werkstatt. Schwendkestr. 23. 48821

Kolonialwaren und Delikatessen. Emil Scheuener, Schwendkestr. 15. 48822

Metropol Rosenthal. Besitzer Josef Schlegel. Angenehmes Familien-Lokal. Saal, Garten-Kegelbahn. 48848

Lebensmittelgeschäft Gertrud Schäfer. Uferstraße 90. 48815

Radio. Elektr. Anlagen. Elektro-Büro Nord. Matthiasstr. 138. Telefon Ohle 68 2. 47227

Herren- u. Knaben-Konfektion. fertig und nach Maß für Straße, Sport und Gesellschaft. Sämtliche Berufskleidung. Eigene Anfertigung ooo Stofflager. August Cabrot, Adalbertstraße 28. 48852

Radio-Spezialgeschäft. Kreuzburger Str. 4. Tel. Ohle 6558. G. Schlabs. 48815

Aus der Sowjetunion

Produktionsberatungen

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion hat eine statistische Untersuchung in bezug auf die Produktionsberatungen für die erste Hälfte des Jahres 1926/27 vorgenommen.

Erfasst wurden dabei sämtliche industriellen Gewerkschaften, mit Ausnahme der Bergarbeiter sowie der Lebensmittelarbeiter und fünf nichtindustrieller Gewerkschaften: der Eisenbahner, der Angestellten des öffentlichen Transportwesens, der Seeleute und der städtischen Arbeiter.

Hinsichtlich der Anzahl der Beratungen und ihrer Besucherzahl wurden 661 Betriebe untersucht. In diesen Betrieben haben in dem halben Jahr, das der Bericht umfaßt, 6600 Beratungen stattgefunden.

Von der Gesamtzahl der stattgefundenen Beratungen entfallen über 78 Prozent auf Werkstättenberatungen, während nur zirka 22 Prozent auf Beratungen im Gesamtmaßstab entfallen. In bezug auf die industriellen Gewerkschaften sind die diesbezüglichen Ziffern wie folgt: auf die Werkstätten entfallen zirka 84 Prozent, auf den Gesamtbetrieb (Fabrik) zirka 16 Prozent aller Beratungen.

Sämtliche von der Untersuchung erfaßten Beratungen (mit Ausnahme der Gewerkschaft der graphischen Arbeiter) haben eine Besucherzahl von insgesamt 362000 aufzuweisen. In allen 688 erfaßten Betrieben von 15 Gewerkschaften wurden in der halbjährigen Berichtszeit über 38000 verschiedene Vorschläge an die Verwaltung gemacht. Im Durchschnitt entfallen auf je 1000 Arbeiter in dem vom Bericht erfaßten Betrieben 43 Vorschläge. Etwa drei Viertel bis vier Fünftel aller eingereichten Vorschläge sind von Arbeitern ausgegangen.

Aus der Gesamtzahl der in der halbjährigen Berichtszeit unterbreiteten Vorschläge wurden über 78 Prozent von der Verwaltung angenommen und ausgeführt. Abgelehnt wurden in sämtlichen Gewerkschaften nur 6,5 Prozent der gemachten Vorschläge. Von den angenommenen Vorschlägen gelangten 60 Prozent zur praktischen Ausführung.

Wer befindet sich unter den neu aufgenommenen Parteimitgliedern

Auf Grund der Vorarbeiten zur Untersuchung der Zusammensetzung der von den Ausnahmekommissionen der Stadtteile neu aufgenommenen Parteimitglieder setzt sich das Ostberausgebote in Leningrad etwa folgendermaßen zusammen: aus der Gesamtzahl der der Bearbeitung unterliegenden 2646 Befuchsteller sind 699 Frauen oder 26,3 Prozent und 1015 Mitglieder des KZVSD (38,4 Prozent).

Die Neuaufgenommenen setzen sich ihrer Beschäftigung nach wie folgt zusammen: Fabrik- und Betriebsarbeiter sowie Arbeiter des Transport- und Verkehrswesens und sonstige 55,1 Prozent, jüngeres Dienstpersonal 2 Prozent und Angestellte usw. 2,9 Prozent.

Aus den Gewerkschaften

Ein weiterer Sieg der Steinarbeiteropposition

Am 19. Januar fand in Strehlen die Jahresversammlung des Steinbruchs Midlasdorf statt. Der Bezirksleiter Kollege Häusser gab einen kurzen Bericht über die kommenden Lohnverhandlungen. Dann wurde die Wahl der Delegierten zur Bezirksversammlung vorgenommen. Midlasdorf hat sieben Delegierte zu stellen. Gewählt wurden 6 Oppositionelle und ein Parteileiter. Das Kartell hat der Betrieb vier Kollegen zu entsenden. Gewählt wurden 4 Kollegen der Opposition. Sämtliche Kollegen wurden mit überwiegender Mehrheit gewählt. Als Betriebsvertrauensmann wurde ebenfalls ein Oppositioneller einstimmig gewählt.

Somit haben sich die Kollegen des städtischen Bruchs (1100 Mann) und des Midlasdorfer Bruchs (600 Mann) fast restlos für die Gewerkschaftsopposition entschieden. Damit haben sie den offenen Kampf der von den reformistischen Führern befürworteten Schlichtungspraxis angefangen. Das ist die beste Vorbereitung zu den im März zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Lohnerhöhung!

Delegiertenversammlung der Saganer Zergitarbeiter

(Von unserem Gewerkschafts-Berichtskatter.) Die Bezirksdelegierten-Generalversammlung des DZB. Sagan hatte folgenden Verlauf: Nach Verlesen der Präzedenzliste ergriff Genosse Himel das Wort und stellt fest, daß ein großer Teil der anwesenden Delegierten nach dem Statut nicht in Ordnungsgemäß gewählt, sondern von der Ortsverwaltung einfach bestimmt worden ist. Gewerkschaftssekretär Rieger erwidert darauf, daß die Neuwahl erst nach der Bezirksversammlung vorgenommen werde und bestätigt damit die Feststellung des Kollegen Himel.

Den Geschäftsbericht gibt der Sekretär Rieger. Er schildert die Lage der einzelnen Betriebe im Bezirk. Der einzige Betrieb, der eine gewisse Stabilität in den letzten Jahren zeigte, ist die Firma A. u. G. Willmann, jedoch auch dort ist die Entlohnung genau so miserabel wie in anderen Betrieben. Eine andere Ausnahme ist die Firma Wilhelm Winkler in Halbau, deren Arbeiter von einer Kurzarbeit bisher verschont blieben. Allerdings herrschen dort tolle Zustände, über die wir an einer andern Stelle berichten. Nachdem Kollege Rieger noch eine Reihe anderer Unternehmen stizierete, streifte er die Streitfrage im vorigen Jahre. Dabei bemerkte er voller Mut, daß die Opposition in dieser Zeit ihm viel zu schaffen gemacht hätte, faselte dann etwas von „Strippenziehern“ usw., alles fixe Wahnvorstellungen, die den Saganer Arbeitern ja sattem bekannt sind. Zum Schluß seiner Ausführungen freite er noch die Frauenfrage. Er gab da ein Rezept zum besten, welches so

In bezug auf die Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit gliedern sich die Fabrik- und Betriebsarbeiter sowie die Arbeiter des Transport- und Verkehrswesens (die insgesamt 2441 ausmachen) wie folgt: Arbeiter, die drei Jahre im Betrieb stehen, gibt es 25,6 Prozent, solche die drei bis fünf Jahre im Betriebe stehen, 23,8 Prozent, solche, die fünf bis zehn Jahre im Betriebe stehen, 21,8 Prozent, solche, die zehn bis fünfzehn Jahre im Betriebe stehen, 13,8 Prozent und solche, die über 15 Jahre im Betrieb stehen, gibt es 15,5 Prozent unter ihnen. Die Mehrheit oder 51 Prozent unter ihnen entfällt somit auf Arbeiter, die seit vielen Jahren im Betriebe stehen.

In bezug auf ihre gesellschaftliche Betätigung haben 78 Prozent bestimmte Arbeitspflichten, die sich ihrer Art nach wie folgt verteilen: in den Sowjets arbeiten 3,2 Prozent, in den Genossenschaftsorganisationen 3,6 Prozent, in den Gewerkschaftsorganisationen 33,4 Prozent, im KZV 26,8 Prozent, in den Freiwilligen Gesellschaften 19,7 Prozent. Mit sonstigen öffentlichen Arbeiten befaßten sich 11,3 Prozent.

Unter den einzelnen Genossen, die diese oder jene öffentliche Arbeit leisten, sind 92,8 Prozent, die auf den jeweiligen Posten gewählt wurden. 66,2 Prozent der Neuaufgenommenen haben die politischen Elementarschulen mitgemacht.

Das Wohnungsbauwesen

Der vom Moskauer Sowjet eingesetzte Ausschuß für Wohnungsbauwesen hat die Untersuchung des Wohnungsbauwesens in Moskau abgeschlossen. Die Untersuchung hat folgendes Ergebnis gezeitigt:

1923/24 wurde in Moskau mit dem Bau von Einzelhäusern begonnen und zwar in ganz geringer Anzahl. 1925/26 nimmt das Bauwesen bereits größeren Umfang an und es werden stellenweise fünf bis sechs und mehr Häuser gebaut, während im vergangenen Jahre die Bauarbeiten vorwiegend häuserviertelweise betrieben wurden. Zum Frühjahr wird mit dem Bau einer ganzen Arbeiterriedlung für 40000 Arbeiter begonnen werden.

Ein neues Gewerkschaftshaus in Moskau

Es ist geplant, im Frühjahr dieses Jahres mit dem Bau eines neuen Gewerkschaftshauses zu beginnen, in dem die Abteilungen sämtlicher Gewerkschaften des Moskauer Spubernements untergebracht werden können.

In dem neuen Gewerkschaftshaus sollen vier große Hörsäle für 5000 bzw. 1200 bzw. 800 und 500 Plätze und zirka 15 kleinere Säle angelegt werden. Außerdem sollen Radiostationen für die Zwecke aller gewerkschaftlichen und kulturellen Institutionen, eine Bibliothek, ein Ambulatorium, ein Speisesaal eine kommunalwohnung für Delegierte an den Gewerkschaftskongressen, Garagen, Lagerräume usw. angelegt werden.

Die Kosten des Baues belaufen sich auf annähernd zehn Millionen Rubel.

Es wurde eine Kommission eingesetzt, die den Umfang des neuen Gebäudes bis zum 15. Januar endgültig zu bestimmen hat.

treffend die reformistische Ideologie kennzeichnete. Um die Frauen für den Verband zu gewinnen, wird die Ortsverwaltung einen Besuch des herzoglichen Schlosses inszenieren, Ausflüge arrangieren usw. Mit all diesem werden wir dann wahrscheinlich, ohne daß wir etwas merken, in den Sozialismus hineingewaschen, nicht wahr, Kollege Rieger?

Als erster Redner in der Aussprache ergreift Genosse Himel das Wort: Der Geschäftsgang einzelner Unternehmen ist sehr gut, jedoch die Lebensbedingungen der Arbeiter in diesen Betrieben katastrophal. Die Bilanz dieser Feststellung muß sein, den kommenden Kämpfern eine politische Spitze zu geben, nicht nur um höhere Löhne muß gekämpft werden, sondern zugleich auch gegen das kapitalistische System.

Wie ungeheuer ausgebeutet die Arbeiter werden, illustrierte die Firma Gerber u. Söhne. 100 Arbeiter müssen durch ihren miserablen Lohn 5 Familien erhalten, darüber hinaus sind noch Mittel vorhanden, einen neuen Direktor einzustellen. Weiter stellt Genosse Himel fest, daß der Angestellte Rieger wohl die Opposition angriff, für die gegnerischen Organisationen aber keine Worte fand. (Hier stammelt Rieger eine Entschuldigung.) Die Opposition hat ihren Mann gestanden, auch während des Streiks, was auch Rieger anerkennen mußte. Im Zusammenhang damit kritisiert er die Haltung des Kollegen Feinhalz, der bei einer Betriebsratsitzung einen Unternehmerstandpunkt offenbarte, wie ihn nicht besser der Unternehmer selbst vertreten konnte.

Zur Agitation unter den Frauen müsse man einen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Kunst machen, entschieden besser wäre, anstatt das Schloß zu besichtigen, darauf hinzuwirken, daß dieses enteignet und der werktätigen Bevölkerung zugänglich gemacht würde.

In seinem Schlußwort war es dem Kollegen Rieger unmöglich, den Eindruck, den die Ausführungen des oppositionellen Kollegen Himmel hinterließen, zu verwischen.

Der Vorstand wurde gegen die Stimmen der Opposition wiedergewählt. Im Punkt Verschiedenes verlangte Kollege Himel, daß anlässlich des Kongresses der Tritotagenarbeiter in Thalheim nicht nur dort, sondern im ganzen Reich die Zergitarbeiter zu Demonstrationen für den Achtstundentag aufgerufen werden. Kollege Dedert appelliert an die Kollegen, den Saganer Tritotagenarbeitern etwas unter die Arme zu greifen, da dort die Arbeiter sehr schlecht für die Organisation zu gewinnen sind. Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß Kollege Rieger einen Vertreter der „Arbeiter-Zeitung“ mit dem Berichterstatter verwechselte. Dieses liegt allerdings nicht an uns, vielmehr hat ihn seine „Unwissenheit“ wieder glänzend im Stich gelassen.

Delegiertenversammlung der Gitschberger Metallarbeiter. Am Sonntag fand in der „Alten Hoffnung“ die Delegiertenversammlung der Metallarbeiter der Verwaltungsstelle Gitsch-

berg statt. Anwesend waren 22 Delegierte. Geschäftsführer Kollege Herleb erstattete den Jahresbericht. Die organisatorische Arbeit der Verwaltung war auch im vergangenen Jahr eine sehr reiche. Es fanden statt: 40 Mitgliederberatungen, 88 Betriebsberatungen, 55 Branchenberatungen, 17 Betriebs- und 18 Vertrauensmännerberatungen. Rechtsauskunft wurde in 189 Fällen gewährt, 11 Gerichtstermin wahrgenommen und dazu 31 Schriftsätze angefertigt. Der Kassenbericht zeigte, daß sich die Finanzlage verbessert hat, ebenso die Beitragsleistung erheblich besser geworden ist. 437 neue Mitglieder konnten im vergangenen Jahre gewonnen werden. Am Schluß seiner Ausführungen wies Kollege Herleb auf die in nächster Zeit bevorstehenden großen Kämpfe hin. Punkt 2 der Tagesordnung befaßte sich mit Vorschlägen. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der Ortsverwaltung, die Entschädigung für die Hauskassierer von 5 auf 8 Prozent und die der Betriebskassierer von 3 auf 4 Prozent zu erhöhen. Einstimmig angenommen wurde ein weiterer Antrag, die Kandidatenvorschläge bei Krankenkassenwahlen usw. nur in Funktionsberatungen zu machen. Ein Antrag der Zahlstelle Warmbrunn, die Generalversammlung auf größere Basis zu stellen und darin die Kassierer einzubeziehen, rief eine größere Debatte hervor. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, daß auf 50 Mitglieder 1 Delegierter, auf 100 auch einer und auf jede weiteren 100 Mitglieder ebenfalls ein Delegierter entfällt. Ein Antrag der Zahlstelle Polkenhain, die Unterstützung während der Karenzzeit aus Mitteln der Lotteriekasse zu zahlen, verfiel aus finanziellen Gründen der Ablehnung. Die gesamte Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt, für den ausgeschiedenen ehemaligen Kollegen Seidel wird der Kollege Opiß aus Warmbrunn gewählt. Unter Punkt Verschiedenes wurde die bevorstehende Ehrung alter Jubilare angekündigt. Zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Herleb und Kellner gewählt.

Die Generalversammlung des DMB. Niesky fand am 18. Januar in der „Krone“ statt. Es wurde die Abrechnung des vierten Quartals gegeben. Dann folgte der Jahresbericht. Ihm zufolge hatte die Verwaltungsstelle am 1. Januar 534 Mitglieder. 134 Mitglieder wurden von der Bezirksleitung wegen säumiger Pflichterfüllung dem Verband gegenüber gestrichen. Vorträge fanden drei statt, Branchenberatungen 17. Das älteste Mitglied ist 70 Jahre alt. Im ganzen Jahre wurden 179 (in Worten sechs Pfennige) Lohnerhöhungen „errungen“. In der Aussprache erklärten die Kollegen Eh und Gelbner, daß die 6 Pfg. schon vorher durch die Erhöhung des Lebensindex wettgemacht waren, und sie beauftragten die von den reformistischen Führern befürwortete Schlichtungs- und Arbeitsgerichtspraxis. Bei der Neuwahl schlugen die Reformisten sofort ein Wahlkomitee vor. Kollege Gelbner stellte aber den Antrag, die alte Ortsverwaltung weiterbestehen zu lassen, bis auf den Kollegen Barthel, welcher jetzt in den SPD. übertritt. Er schlug für ihn den Kollegen Brusaal vor. Der Reformist Weiner wurde gewählt. Somit besteht die Ortsverwaltung wie bisher aus drei SPD. und zwei KPD-Kollegen. Die SPD. hatte alles aufgeboten, um die Opposition niederzuringen. Man sah diesmal Leute, die noch nie im ganzen Jahre 1927 in einer Versammlung zu sehen waren. Wir würden wünschen, daß jede Versammlung so gut besucht ist.

Aus aller Welt

Der Efel und die Reichsbahn

Nachstehendes Geschichtchen berichtet eine Zeitung aus der Eifel, die eine wahre Begebenheit sein soll.

„Ich fuhr von Bonn aus mit dem Zuge in die Eifel. Auf der Station E. setzte sich der Zug, nachdem er kaum gehalten, wieder rückwärts in Bewegung. Ich fragte einen Abteilgenossen, ob der Zug hier tangieren müsse.

„Nein“, antwortete der, „das ist wegen des Efels.“

„Begen des Efels?“ fragte ich zurück.

„Ja, ja, der Lokomotivführer ist mal wieder zu weit gefahren.“

„Der Lokomotivführer — — — ich verstehe nicht.“

„Ach, Sie wissen das nicht? Das ist nämlich so: Da ist hier ein Efel, der die Milch an den Zug bringt, und der geht nur bis zu einer bestimmten Stelle und da bleibt er stehen. Darum muß der Zug so halten, daß der Padvagen genau vor dem Efelstarken hält. Sehen Sie, jetzt hält er richtig.“

Ich sah zum Fenster hinaus. Da stand vorn wirklich ein Efelstarken. Der Mann fuhr fort: „Alles haben sie versucht und Feuer unter seinen Schwanz gehalten. Es hat alles nichts genutzt. Er geht einmal nun nicht weiter als zu der Stelle, auf der er steht.“

Inzwischen war die Milch eingeladen und der Zug fuhr an. Der Efel sah gleichmütig zu und wackelte gemächlich mit seinen langen Ohren. Ich wandte mich wieder dem Reisegenossen zu und mit der Würde eines Abgeordneten fragte ich: „Und was gedenkt die Bahnhofsverwaltung zu tun, um dem kombromittierenden Benehmen des Der Mann lachte und sagte: „Die Reichsbahn kann Menschen vorchristen machen, aber einem Efel kann auch sie nicht beikommen!“ Seitdem ist der Efel in meiner Achtung gestiegen.“

Das Nationaltheater in Neusatz abgebrannt.

Das Nationaltheater in Neusatz (Bosnien) ist vollständig abgebrannt. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Dinar geschätzt. Menschen sind bei dem Brand nicht zu Schaden gekommen.

Schwere Einsturzkatastrope in Nürnberg.

Bei dem Bau einer Schußfabrik stürzte ein über dem Dach lagernder Teil einer Giebelmauer unter großem Getöse plötzlich herab und durchschlug das Dach eines Kohlenschuppens, in dem sich mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen befanden. Während einer der Arbeiter auf der Stelle getötet wurde, wurden zwei weitere schwer und vier Arbeiter leicht verletzt. Eine Frau wurde so schwer von den herabstürzenden Gesteinsmassen getroffen, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Neue Ausbrüche des Kratatau.

Infolge unablässig lebhafter Tätigkeit des in der Gundastraße gelegenen Inselfulkan Kratatau hat sich der Bevölkerung West-Javas große Unruhe bemächtigt. Während der Morgenstunden von 8 bis 12 Uhr hat man 300 Ausbrüche festgestellt. Die Regierung hat Vorsichtsmaßregeln zum Schutze der Bevölkerung ergriffen.

Arbeiterkorrespondenzen

Manuskripte einseitig beschreiben! Briefe richtig frankieren! Täglich muß der Verlag Straßporto bezapfen! In Zukunft gehen alle ungenügend frankierten Sendungen zurück!

Ruhrkapital und Chemiekapital

Sachlieferungschwindel

Es ist kein Zufall, daß gerade das monopolistisch organisierteste Stahlkapital mit seinen technisch modernsten Produktionsanlagen, neben dem monopolistisch organisierten Chemiekapital an der Spitze der sozialen Reaktion steht, und der aktivste Vorkämpfer der gesamten Kapitalistenklasse für Aufrechterhaltung des Beherrschungsstatus und von Hungerlöhnen ist. Gerade deswegen verdienen neue Beziehungen und Verbindungspunkte zwischen dem Ruhrkapital einerseits und dem Chemiekapital, der IG-Farbenindustrie A.G. andererseits, in mehreren zum Teil erst am Anfang ihrer Entwicklung stehenden Produktionszweigen höchste Aufmerksamkeit. Entweder werden bei Auflösung bestehender Monopole durch die Errichtung von neuen Konkurrenzwerken gewaltige Konkurrenzkämpfe sich entwickeln; oder völlig neue Kartellverbindungen zwischen Ruhr- und Chemiekapital werden zur Bildung von neuen Monopolen und zu einer noch geschlosseneren Einheitsfront der beiden gewaltigsten Kapitalgruppen Deutschlands, ja ganz Europas, führen.

Die IG-Farbenindustrie-A.G. ist bereits seit längerer Zeit mit einer Reihe ihrer wichtigsten Erzeugnisse (Stickstoff und seit kurzem flüssige Kohle) in erfolgreicher Konkurrenz mit dem wichtigsten Nebenprodukt der Hochfenerzeugung (Ammoniak und Benzol) und dem Steinkohlenabfall selbst getreten. Umgekehrt hat im vergangenen Jahre das Kohle-Stahlkapital im Ruhrgebiet begonnen, im größten Maßstabe der erfolgreichen Konkurrenz des Chemiekapitals mit neuen Methoden und Mitteln entgegenzutreten. Wohl vor allem auf Betreiben der IG-Farbenindustrie hatten Anfang 1927 bereits Verhandlungen zwischen Vertretern der Ruhrkonzerne und der IG-Farbenindustrie A.G. stattgefunden. Diese waren aber damals ergebnislos geblieben.

Unter Führung der Vereinigten Stahlwerke A.G. sind nun im Laufe des vergangenen Jahres drei „Gemeinschaftsgesellschaften“ des Ruhrkapitals gegründet worden. Sie sollen eine Einheitsfront des Ruhrkapitals gegenüber dem Chemiekapital herstellen und das gegenseitig vorteilhafte der verschiedenen Ruhrkonzerne auf den ihnen bisher verschlossenen Produktionszweigen verhindern.

- Es sind dies:
- Die A.G. für Kohleverwertung, Essen (Kerngas- und Fernheizung*);
 - die A.G. für Kohleveredelung, Duisburg (Kohleverflüssigung);
 - Kohle-Chemie-A.G. (Produktion von künstlichem Stickstoff).

Flüssige Kohle des Ruhrkapitals

Auf dem Gebiete der Kohleverflüssigung führt sich das Ruhrkapital durch die Oelzerzeugung aus Braunkohle seitens der IG-Farbenindustrie (Ausbau der Braunkohleleuchtanlage in Leuna und beabsichtigte Errichtung eines neuen Kohlenölkwerkes in Leberhausen) in seinem Steinkohlenabfall, zum Teil jedenfalls, bedroht. Vor allem will das Ruhrkapital selbst auch die Möglichkeit, aus der Verflüssigung von Steinkohle Profite zu ziehen, ausnützen. Lediglich hat die Gesellschaft für Teerverwertung in Duisburg-Weiderich, ebenfalls eine Gemeinschaftsgründung der Ruhrkonzerne unter Führung des Stahlvereins, einen maßgebenden Anteil an der Kobergin-A.G. aufgekauft. Diese ist im Besitz der Bergin-Patente zur Verflüssigung von Steinkohle, während die Braunkohle-Verflüssigungsverfahren nach Bergin im Alleinbesitz der IG-Farbenindustrie sind. Dieser besitzt auch die Mehrheit der Aktien an jener Kobergin-A.G.

Gegenwärtig baut nun aber die A.G. für Kohleveredelung eine große Betriebsanlage, in der Steinkohle nach dem Bergin-Verfahren in Oel umgewandelt werden soll. Die Ausführung des Bergin-Patents durch die A.G. für Kohleverflüssigung kann aber nur im Einverständnis mit der Kobergin-A.G., der Besitzerin des Steinkohlen-Bergin-Patents, erfolgen sein. Da ja aber auch das direkte Einverständnis der IG-Farbenindustrie notwendig ist. Die neue Steinkohlefabrik der A.G. für Kohleveredelung auf dem Gelände der Gesellschaft für Teerverwertung in Duisburg-Weiderich soll bereits Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden.

Außerdem hat die IG-Farbenindustrie auch eine Verbindung mit der „Benzol-Vertriebs-G.m.b.H.“ zwecks Verkaufts ihrer Leuna-Benzins angeschlossen.

Auflösung des Stickstoffmonopols des Chemiekapitals

Auf dem Gebiete der Stickstoffherzeugung wurde das Ruhrkapital durch die Aufschlüsselung der IG-Farbenindustrie nach dem Haber-Bosch-Verfahren am weitesten zurückgeworfen. Nur ein Teil des Vorkriegsabsatzes von Ammoniak, dem wichtigsten Nebenprodukt der Kohlerei, findet heute noch zu herabgedrückten Preisen Absatz. Nun sind aber die wichtigsten Patente der IG-Farbenindustrie abgelaufen. Gleichzeitig haben sich (ebenfalls im vergangenen Jahre) eine Reihe von Ruhrkonzerne unter Führung des Stahlvereins die Kohle-Chemie-A.G. gegründet. Sie umfaßt etwa 50 Prozent der Ruhrkonzerne. Die neue Chemiegesellschaft soll die Stickstoffproduktion nach dem Haber-Bosch-Verfahren aufnehmen, wobei die überschüssigen Kohlenwasserstoffe verwertet werden sollen. Die IG-Farbenindustrie ihrerseits hat ihre Stickstoffwerke zum Teil mit den neuen Oelwerken verbunden.

Es beherrscht zwar heute noch die IG-Farbenindustrie die Stickstoffproduktion. Aber ihre Monopolstellung auf diesem Gebiete ist nicht mehr unerschütterlich. Es liegt jedoch nahe, anzunehmen, daß auch auf dem Gebiete der Stick-

Nach einer Meldung aus Paris hat dort der Staatsanwalt auf Antrag des französischen Finanzministers eine Untersuchung über einen groß angelegten Sachlieferungschwindel eingeleitet, der unter Ausnutzung der Reparationsfachlieferungen unternommen worden ist.

Deutsche und französische „Erbsünde“ diesseits und jenseits des Rheins haben unternehmungsflüchtige Verträge über Warenlieferungen abgeschlossen, die dann den beiden beteiligten Regierungen als unter die Sachlieferungen fallend eingereicht wurden. In diesen Verträgen, bei denen es sich um Geschäfte über Vieh, Zucker, Saatgetreide und Hopfen handelt, haben die Schwindler den Wert der Waren sehr hoch angegeben. Es wurden dann minderwertige Waren geliefert. Der Betrag der Lieferung nach dem höheren, falsch angegebenen Wert wurde vom Reparationskommissar erstattet. Den Unterschied zwischen dem niedrigeren Werte, zu dem tatsächlich die Waren geliefert wurden und dem höheren, in den Verträgen angegebenen, hat das Schwindlerkonjunktum unter sich geteilt.

Zugleich soll im Zusammenhang mit diesen Geschäften in betrügerischer Weise eine Ueberweisung von Bargeld aus Deutschland nach Frankreich unter dem Vorwand der Reparationszahlung geschehen sein.

Der Gewinn allein aus diesen Reparationschwindelaktionen soll viele Millionen Mark betragen. Das Geschäft muß also außerordentlich betrieben sein. Sicherlich hat die Schwindlergesellschaft ihre Helfershelfer bei den beteiligten Instanzen gehabt.

Die Reparationstribute, für das internationale Finanzkapital längst eine Quelle von Millionen gewinnen, sind nun auch, wie dies mit allen kapitalistischen Geschäften der Branche ist, die Quelle riesenhafter Betrugsgewinne geworden.

Es hat Kriegsgewinnler gegeben — legale und illegale. Es hat Inflationsgewinnler gegeben — legale und illegale. Jetzt gibt es — und damit schließt sich der Kreis — legale und illegale Reparationsgewinnler.

Die legalen Reparationsgewinnler in Deutschland sind

stoffproduktion nach der Kohle-Verflüssigung eine neue Konkurrenzgemeinschaft sich bilden wird.

Es scheint dennoch ein großer Stickstoffkonkurrenz-Kampf bevorzustehen. Denn in der Kohle-Chemie-IG sind gerade diejenigen Abzweigungen, die für die IG-Farbenindustrie die gefährlichsten Konkurrenten auf dem Stickstoffmarkt der nächsten Zeit sein werden, nicht zusammengebrochen. Dies ist vor allem der Alsdorfer-Konzern, zusammen mit der in preussischem Staatsbesitz befindlichen Siberia-A.G.

Der Alsdorfer-Konzern als Außenleiter

Der Alsdorfer-Konzern hat zusammen mit der Kalk-Industrie-A.G. dem Winterhall-Konzern eine Stickstofffabrik auf der Höhe von Cenis errichtet. Die Mittel hierzu sind zum größten Teil durch einen 20-Millionen-Rubel der Preussischen Zentralbank, der Staatsbank Preußens, beschafft worden. Außerdem zum Ausbau hierfür soll auch auf dem Gelände der staatlichen Siberia-A.G. nach Inbetriebnahme der Stickstofffabrik von Cenis eine zweite Stickstofffabrik erbaut werden.

Derzeit im Frühjahr dieses Jahres soll die Stickstofffabrik von Cenis betriebsfähig sein und die Stickstoffproduktion aufnehmen. Die Konkurrenzfähigkeit des hier erzeugten Stickstoffs mit dem IG-Farbenstickstoff ist anscheinend wohl gesichert. Der benötigte Wasserstoff wird aus den überschüssigen Kohlenwasserstoffen (die zu 50 Prozent aus Wasserstoff bestehen) mit ganz geringen Kosten beschafft werden können. Außerdem soll ein neuer Katalysator Anwendung finden, der die Stickstoffherstellung bei relativ niedrigen Temperaturen ermöglichen soll. Die IG-Farbenindustrie hat versucht, durch einen Patentstreit den ihr gefährlichen neuen deutschen Stickstoffkonkurrenten zu erlöbigen oder jedenfalls für eine ihr günstige Verständigung gezwungen zu machen. Das ist ihr aber nicht gelungen.

Läßt sich hieraus die Schlussfolgerung ziehen, daß es zu einem scharfen und langandauernden Konkurrenzkampf zwischen den neuen Stickstoffkapitalisten kommen wird? Anscheinend bedeutet das Herabbleiben der Alsdorfer-Gruppe aus der Kohlechemie-A.G., daß diese nicht gewillt ist, eine etwaige Verständigungspolizei mit der IG-Farbenindustrie mitzumachen*. Das wäre aber zweifellos eine berechtigte und irreführende Schlussfolgerung. Die Alsdorfer-Gruppe ist vielmehr auf dem Gebiete der künstlichen Stickstoffherzeugung soweit fortgeschritten als die übrigen Ruhrkonzerne, daß sie in einer „Gemeinschaftsgesellschaft“ eine entsprechende Vorzugsstellung für sich beanspruchen hätte. Die übrigen Ruhrkonzerne, vor allem der Stahlverein, hoffen aber, sehr bald ihre bisherigen Verhandlungen der Stickstoffproduktion anzuhaken zu können. Dasselbe gilt grundsätzlich auch für das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Kohlechemie-A.G. und der IG-Farbenindustrie bzw. der Alsdorfer-Gruppe und der IG-Farbenindustrie. Erst wenn die Stickstoffproduktion des Alsdorfer-Konzerns erwirkt sein wird, kann die Verständigung der einzelnen Gruppen in Betracht kommen.

* Dies vermutet Leonidoff in einem Artikel „Die Beziehungen zwischen Chemiekapital und Stahlkapital“ im „Wirtschaftlichen Monatsheft“ vom 30. Dezember 1927. Dieser Aufsatz ist im übrigen eine gute Uebersicht über die Verhandlungen zwischen dem Stahlverein und Chemiekapital. Hierüber vgl. auch „Wirtschaft in Deutschland“ Die Nachrichten der IG-Farbenindustrie-A.G. „Bada-Verlag Berlin“ Abdruckung „Neue Nachrichten“ und „Wirtschaftliche Rundschau“ des Chemiekapitals.

die großen Montan-, Chemie- und Elektrizitätskongerne, denen die Sachlieferungen in der Regel anheimfallen, und die für diese Lieferungen mit dem Gelde der deutschen Steuerzahler „bezahlt werden“ noch vor einem Jahr, als infolge der Erhöhung der verpfändeten Verbrauchsteuern und Zölle durch den deutschen Finanzminister Schiele die Reparationstribute sich um 300 Millionen Mark erhöhten, hat die deutsche Regierung mit dem Reparationsagenten vereinbart, daß diese 300 Millionen Mark in Sachlieferungen entrichtet würden. Das würde als ein Erfolg der deutschen Regierung gepriesen. Es war ein Profiterfolg der mit den Lieferungen beauftragten deutschen Unternehmungen, die die 300 Millionen Mark mehr, die aus den Zöllen auf Brot und Fleisch, die aus dem Tabak, dem Bier, dem Alkohol, dem Zucker an Steuern herausgeholt wurden, als Lieferungspreis für sich eingesackt haben.

Im ganzen wurden nach dem Bericht des Reparationsagenten vom 10. Dezember im dritten Reparationsjahr folgende Sachlieferungen „legal“ bewirkt:

1. Steinkohlen, Koks und Braunkohlen: 243,6 Millionen Mark, darunter an Frankreich für 194 Millionen Mark.
2. Holz: 24,6 Millionen Mark; darunter an Frankreich für 22,3 Millionen Mark.
3. Zucker: 17,9 Millionen Mark an Frankreich.
4. Verschiedenes: 193,5 Millionen Mark, darunter an Frankreich für 84,4 Millionen Mark.

Man sieht, das legale Reparationsgeschäft bietet gewaltige Möglichkeiten der Ausnutzung durch illegale Schiebungen. Das haben sich die geschäftstüchtigen Patrioten in Deutschland und Frankreich zunutze gemacht. Sie haben viele Millionen Mark eingesackt.

Schritt rückt man nach dem Staatsanwalt. Die Sozialdemokratie preist immer noch den Dawes-Pakt als Rettung der kapitalistischen Wirtschaft. Die deutschen Werkstätten bezahlen weiterhin mit brüderlichen Massensteuern das legale und das illegale Reparationsgeschäft.

Das wird so lange gehen, als es den Werttägigen nicht gelungen ist, die Dawes-Pakete auf die Besitzenden abzuwälzen.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß es dann zu einem längeren preisdrückenden Konkurrenzkampf kommen wird. Es wird dann vielmehr von Seiten sämtlicher Stickstoffkapitalisten die Bildung eines Preiskartells oder Wuchersyndikats erstrebt werden. Die „Deutsche Bergwerkzeitung“ vom 3. Januar 1928 betont in einem Artikel, „Die deutsche Kalkindustrie an der Jahreswende“:

Die vom Winterhall-Konzern auf diesem Gebiete (Stickstoffproduktion und Stickstoffproduktion in dem Gemeinschaftsunternehmen mit dem Alsdorfer-Konzern auf Cenis) in Angriff genommenen Arbeiten bedeuten keineswegs die Einleitung eines Konkurrenzkampfes gegen den Wüchlinger der IG-Farbenindustrie, werden vielmehr in einem Zusammenwirken beider (IG-Farbenindustrie und Winterhall-Alsdorfer) große Schwierigkeiten kaum im Wege haben.

Denn bei der Reichhaltigkeit des Abzweigungs- und den Riesentwerten, die in den Stickstoffproduktionsanlagen als freies Kapital festgelegt sind, würde ein Konkurrenzkampf für beide Teile sehr verlustreich sein, ohne daß jemals oder erst nach langer Zeit ein Niederkonkurrenzen möglich wäre.

So bahnen sich in Deutschland neue Machtgruppierungen und für die Lebenshaltungskosten der werktätigen Massen bedeutungsvolle Monopolbildungen an. Das Ruhrkapital versucht, angesichts der beschränkten Absatzmöglichkeiten für Kohle und Eisen, für seine „Nebenprodukte“ neue Produktionswege und Absatzmöglichkeiten zu finden und hierbei gesteigerte Profite realisieren zu können.

Ebenso wie die Ruhrkonzerne selbst untereinander sich über den Absatz und die Preishochhaltung ihrer wichtigsten Erzeugnisse — Kohle, Eisen, Stahl — verständigt haben, ebenso wird wahrscheinlich auch die neue Produktion durch Wuchergemeinschaften verteuert werden, obwohl die Neugründungen aufzeigen, daß trotz der bestehenden Monopolherrschaft des Ruhrkapitals auch in den monopolistisch organisierten Industriezweigen neue Konkurrenten aufstehen und das Machtverhältnis der einzelnen Wirtschaftskräfte verändern. Vor allem aber ist eine engere Interessentenverbindung der beiden mächtigsten deutschen Kapitalgruppen, der IG-Farbenindustrie und des Stahlvereins, im Entstehen. Ihr Einfluß auf den kapitalistischen Staat, auf die Regierungspolitik, würde dann noch unumkehrbarer sein, als er gegenwärtig bereits ist. Die Arbeiterklasse sieht dann einem noch besser organisierten Gegner gegenüber. Die Umbildung der Fachgewerkschaften zu Industriearbeiterorganisationen unter revolutionärer Führung wird um so dringender.

Gerade die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe im Ruhrgebiet haben Mangel gemacht, wie notwendig es ist, gegenüber dem zentralisierten Ruhrkapital die einheitliche Kampffront der Bergarbeiter, Hütten- und Metallarbeiter und Transportarbeiter, wie auch der Chemiewerkschaften zu organisieren, trotz der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Die Deutsche Bank schludt die Hildesheimer Bank

Die Deutsche Bank wird in Kürze die Hildesheimer Bank, von deren sechs Millionen Mark Aktienkapital sie schon ein Drittel besitzt, ganz übernehmen. Den Aktionären der Hildesheimer Bank wird als Abschüttung für 400 Mark ihrer Aktien 300 Mark Aktien der Deutschen Bank angeboten.

Ein Schritt weiter auf dem Wege der Ausdehnung des Großbankmonopols.

G. Reimann.

„Von Gustav Noske bis Groener!“

Über dieses hochinteressante Thema spricht am Freitag in den Zentralballsälen, Westendstraße

Genosse Reichstagsabgeordneter Ottomar Geschke - Berlin

Breslau

Der Ausbrecher Muehlsberg wieder aufgegriffen

Vor einigen Tagen gelang es dem wegen Raubdiebstahl im Untersuchungsgefängnis stehenden Wilhelm Muehlsberg, in Gemeinschaft mit dem Untersuchungsgefangenen Stoschek aus der „Graupe“ auszubrechen. Am Montagabend wurde Muehlsberg von der Fahndungsabteilung der Kriminalpolizei in der Gartenstraße aufgegriffen. In seinem Besitz befand sich eine Aktentasche mit etwa fünf Pfund Butter und einer neuen Toilettenparfüm. Es besteht der Verdacht, daß diese Gegenstände von einem neuen Einbruchsdiebstahl der Ausgebrochenen herrühren. Von Stoschek fehlt noch jede Spur.

Schärfere Betonung der sozialistischen Grundzüge!

Am Montag fand die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt, die sich mit Geschäftsbericht, Kassenbericht, Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse befaßte. Der „linke“ Vorstand mit Eckstein und Blegler wurde wiedergewählt, ebenso Kuras — den die „Rechts“ in einer öffentlichen Anfrage gerüffelt hatte. Der alte Jahrbuch brachte nachfolgende Resolution ein:

„Die Generalversammlung fordert eine schärfere Betonung der sozialistischen Grundzüge in den Referaten und in der Presse der Partei. Die große Gestaltungskraft des Sozialismus auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete ist mehr in den Vordergrund der Diskussion zu rücken.“

Den barocken Bevölkerungsschichten muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß eine wesentliche Verbesserung ihrer sozialen Lage nur im Sozialismus möglich ist und daß der Sturz des Kapitalismus nur die bewährte Tat der Arbeiterklasse sein kann.“

Von einer verbürgerlichten, grundsatzlosen Partei, die in ihrer „Theorie“ und Praxis täglich den marxistischen Erkenntnissen ins Gesicht schlägt, kann niemand eine „schärfere Betonung der sozialistischen Grundzüge“ erwarten.

Es ist charakteristisch für die Halbheit der Linken, daß sie auf eine Kritik der grundlossten Haltung ihrer „allmächtigen“ Verzichteten und sich mit allgemeinen Nebensächlichkeiten begnügen, die zu nichts verpflichten. Die große Gestaltungskraft des Sozialismus auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete ist mehr in den Vordergrund der Diskussion zu rücken. Die SPD-Presse genügend Gelegenheit, wenn sie den sozialdemokratischen Kampfbildern das Wort geben würde. Statt dessen eröffnet die „Rechts“ eine Hege gegen die Kampfbildern, neuerdings auch gegen Vogel und Ober, die sie aus der Partei so schnell wie möglich heraus haben will. Über diese Dinge ist offenbar auf der Generalversammlung laut Bericht der „Rechts“ nicht geredet worden.

Arzt und Kunst in sozialpolitischen Angelegenheiten

Aufbewahren! **Ausschneiden!**
Einem allgemeinen Bedürfnis Rechnung tragend, hat die Bezirksleitung der SPD, Bezirk Schlesien, eine Kunst- und Beratungsstelle für alle Angelegenheiten, die auf sozialpolitischen Gebieten liegen, eingerichtet. Wir erlauben alle Kunststudierenden, in allen Renten-, Wohlfahrts-, Erwerbslosen-, Krankenkassen-, Miets-, Wohnungs-, arbeiterrechtlichen, Fürsorgeerziehung, Jugend-, wie Kinderfürsorge- und Schul-Angelegenheiten sich direkt an die Kunststelle zu wenden. Das Büro befindet sich Neue Taschenstraße 6, 2. Stock. Anschrift: Kurt Erbe. Mündliche Sprechstunden: vorerst jeden Mittwoch, 17—19 Uhr. Bezirksleitung der SPD.

Kriminelle Wochenstatistik. In der Woche vom 8. bis 14. Januar wurden 63 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Raubes 2, Einbruchsdiebstahls 7, einfachen Diebstahls (darunter wegen Fahrrad-, Laden-, Taschendiebstahls) 13, Betruges 3, Unterschlagung 1, Hehlerei 3, Sittlichkeitsverbrechens bzw. -Vergehens 3, Sachbeschädigung 1, Arbeitscheu 12, groben Unfugs 2, fiesbüchlicher Gesuche 6, Schußhaft 10.

Die Monatsstatistik des Schlachthofes. Im Dezember 1927 wurden im Schlachthofe geschlachtet und untersucht: 197 Ochsen, 1030 Bullen, 1093 Kühe, 622 Jungkühe, 4190 Kälber, 15 753 Schweine, 1277 Schafe, 78 Ziegen, 9 Hunde und 241 Pferde. Auf der Freibank wurden verkauft: 203 924 Kilo Rind-, 2632 Kilo Schweine-, 337 Kilo Kalb-, 1/2 Kilo Schafschaf-, gekocht: 353 Kilo Rind-, 250 1/2 Kilo Schweinefleisch und 37 1/2 Kilo Talg, 4 1/2 Kilo Fett. — Als untauglich zur menschlichen Nahrung wurden der Tierkörperverwertungsanstalt überwiesen: 11 Kinder, 2 Kälber, 1 Schwein und zahlreiche Organe. Im Laboratorium wurden 160 bakteriologische Fleischuntersuchungen ausgeführt.

Zur Einsicht. Der Fluchtlinienplan zur Umgestaltung von Baubildern zwischen Herdahn-, Bunsen-, Huben- und Steinstraße (Ausweisung von öffentlichen Grünflächen im Inneren dreier Baublöcke) liegt vom 24. Januar bis zum 21. Februar 1928 einschließend im Stadt-Bermessungsamt, Blücherplatz 16, I., Zimmer 60, zu jedermanns Einsicht aus.

Neue Verkehrsampeln. Nachdem die Versuche mit den beiden bisher im Betrieb befindlichen Verkehrsampeln an der Kornede und am Freiburger Bahnhof im allgemeinen zufriedenstellend ausgefallen sind, werden nunmehr an der Garten- und Ede-Schneidener Straße und an anderen bisher noch nicht genannten Stellen der Innenstadt neue Verkehrsampeln angebracht werden.

Neuer Primärarzt. Zum Primärarzt am Krankenhaus Einkauffstraße hat der Magistrat den jetzigen Oberarzt der Anstalt, Dr. Friedrich Choyez, gewählt. Choyez ist 58 Jahre alt.

Ein neuer Leiter des Stadtverordnetenbüros. Wegen Ausscheidens des Büroleiters Vogel, der am 1. April in den Ruhestand tritt, ist die Stelle des Bürovorstehers der Stadtverordnetenversammlung neu zu besetzen. Der Magistrat wählte den Stadtamtmann Paul Schmidt, der gegenwärtig als Vorsteher des Büros der Elektrizitäts-Werke tätig ist.

Konditionen-Eignungsprüfungen. Neuerdings sollen die künftigen Konditionen einer Eignungsprüfung unterzogen werden. Das Psychotechnische Institut beim Berufsamt der Stadt Breslau, Nikolai-Graben 25, wird demnächst derartige Prüfungen veranstalten. Interessenten wollen sich umgehend schriftlich oder fernmündlich unter Ring 8747 anmelden.

Außerdem:

Aufführung des politischen Arbeitertheaters

Rote Revue

21 Bilder, Film, Sprechchor. Keine bloße Wiederholung, sondern

neue Bilder

Es empfiehlt sich, Karten im Vorverkauf zu erwerben, da der Andrang groß sein wird

Volkshöhne. Am 31. d. M. veranstaltet die Volkshöhne im Mozartsaal der Hermannloge einen Kammermusikkonzert. Eintrittskarten zu diesem Konzert erhalten Mitglieder zum Einzelpreis von 1 Mark in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Nichtmitglieder zum Preise von 2 und 3 Mark auch bei Gänauer.

Allen Mitgliedern der „Volkshöhne“ stehen Gastkarten zum Einzelpreis von 1,50 Mark zur Verfügung zu den Aufführungen des Schauspiels „Erbschaft“ im Lobe-Theater vom 21. bis 27. d. M. und zu den Aufführungen „Spiel im Schloß“ im gleichen Theater am 28., 29. und 30. d. M.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Einen riesigen Kostenanstieg verursachen die 100 000 Meter Filmaufnahmen zu dem großen See- und Walfischjägerfilm, der morgen in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen läuft. Der Film, zu dem Kinder von sechs Jahren ab Zutritt haben, lief zum Beispiel in New York zwölf Wochen und in London acht Wochen ohne Unterbrechung in einem Theater. Die See- und Landaufnahmen verschluckten das nette Sümmchen von 800 000 Dollar. Der Hauptdarsteller erhielt die enorme Gage von 175 000 Dollar. Beachten Sie bitte das heutige Inserat.

LL-Feier des RFMB.

Mittwoch, 20 Uhr, im „Vergleiser“, Fleischlastraße. Rezitationen, Musikvorträge, Ansprache. Eintritt frei!

Achtung, erwerbslose Parteigenossen und KFD-Kameraden! Freitag, um 15 Uhr, im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, äußerst wichtige Sitzung. Das Erscheinen aller erwerbslosen Genossen und Kameraden ist unbedingt erforderlich. Bez.-Leitung der KFD. Durchführung des KFD.

Lichtbildvortrag über Sowjetrußland. Sonnabend, 19.30 Uhr, spricht Paul Eggers, Leiter der Breslauer Volkshöhne, im „Volkshaus für neue Erziehung“ über seine Reise nach Moskau.

Mittelschlesien

Deutsch-Billa. Gestürzte Säulen. Der Festinspektor und Kameradschaftsführer des Stahlhutes, Pförtner, der uns schon wegen den großen Betrügereien auf der Post bekannt ist, wurde in den vergangenen Tagen vom Breslauer Gericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Der Unterkameradschaftsführer Klebich, der Sohn des Spinnerdirektors, welcher sich an jugendlichen Arbeitern in der Spinnerei zu Herrnpöbeln fütlich vergangen hat, ist in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebracht worden, um den Anspruch auf den § 51 zu begründen.

Wohnungsnotstand. In der letzten Zeit sind viele Fälle vorgekommen, daß die freigewordenen Wohnungen am Orte immer den betretenden Hauswirten zugesprochen werden, welche die Wohnungen für gewerbliche Zwecke weitervermieten. Das nennt sich Wohnungs-Zwangswirtschaft. Die vielen Proteste des Mietervereins bleiben unbeantwortet. Es müßte von einer höheren Instanz einmal durchgeprüft werden, wer der Schuldige ist. Der Vorsteher von der Wohnungskommission, der auch ein Stahlhutmännchen ist, jungiert schon jahrelang auf seinem Posten, obwohl das gesetzlich unzulässig ist, da die Wohnungskommission alle Jahre neu gewählt werden soll. Bisher wurden drei Gemeindeführer gebaut, Wohnungen zu 30 bis 50 Mark Miete monatlich. Solche Wohnungen können keinesfalls linderliche Arbeiterfamilien beziehen. Dieselben müssen in ihren elenden Buden weiter sitzen bleiben. Vielleicht wird es nach der Eingemeindung besser; viel versprechen kann man sich auch nicht.

Deis. Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der Stadtverordnetenversammlung wurden als Vorstand gewählt: Rechtsanwalt Groeger als Vorsteher, Werkmeister Kadler als stellvertretender Vorsteher, Lehrer Pilz als Schriftführer und Stadt-Oberinspektor Langner als stellvertretender Schriftführer. Es wurde alsdann die Vorlage auf Verlängerung der Kanalisierung in der Gartenberger Straße bis zu den neuerrichteten Geschäftsmann-Gäufern hinter dem Proviantamt angenommen und die Kosten von 3000 Mark bereitgestellt. Außerdem stimmte die Versammlung der Errichtung von ganzen zwei Kleinwohnungen in dem neu erworbenen städtischen Grundstück Wendestraße 16 zu und bewilligte die Baukosten von 650 Mark. Der Verkauf eines Restgrundstückes von 380 Quadratmeter an der Nachodstraße zum Preise von 1,50 Mark für den Quadratmeter wurde ebenfalls genehmigt. Desgleichen ist die Vorlage auf Eingemeindung der außerhalb des Stadtgebietes liegenden städtischen Grundstücke Bornwerk Gänseberg, Stadtforscht und Schießstände angenommen und beschlossen worden, bei Auflösung der Gutsbezirke Schloß Deis, Spahlitz, Bürtemberg und Rathe ihre Eingemeindung in den Stadtbezirk Deis zu beantragen.

Arbeitersport

Um die Kreis-Meisterschaft des 14. Kreises. In sämtlichen Bezirken stehen nunmehr die Bezirksmeister fest. Im 1. Bezirk ist es wieder „Eid 1919“ Breslau. „Wader“ Göttsch ist der Meister des 2. Bezirkes. Im 3. Bezirk mußte „Eiche“ Hinderburg die Führung an „Freie Sportfreunde“ Gleiwitz abtreten. Der

4. Bezirk hat seinen Meister in „Ring“ Sandberg ermittelt. „Eintracht“ Döhlau heißt der Meister des 5. Bezirkes, während „Persia“ Grünberg den 6. Bezirksmeister stellt. In der Vorrunde um die Kreis-Meisterschaft schieden die Mannschaften „Freie Sportfreunde“ Gleiwitz, „Wader“ Göttsch und „Eintracht“ Döhlau aus. Erstere verloren gegen „Eid“ Breslau 4:2. „Ring“ Sandberg schlug „Wader“ Göttsch 6:2, während „Persia“ Grünberg erst in der Verlängerung „Eintracht“ Döhlau 2:1 schlagen konnte. In der Vorrunde spielten „Ring“ Sandberg gegen „Persia“ Grünberg 2 1/2 Stunden unentschieden 1:1. Das Wiederholungsspiel findet Ende Januar statt. „Eid“ Breslau, der Spielfeld in die Endrunde kommt, gilt als der aussichtsreichste Bewerber.

Athleten. Bezirk Breslau. Mittwoch, bei Wende, Herrenstraße 7a, Technikerschule, zu der jeder Verein durch den Sportwart vertreten sein muß. — West 21, Maria-Höfen, Deutsch-Billa, Hundsfeld, Tschansch und Schüsselndorf haben bis heute ihre Mitgliedslisten abgegeben, andernfalls Startverbot verhängt wird.

Sportvereinigung Nordost 03. Bogabteilung. Sonnabend 19—22 Uhr Training der Anfänger im Ring. Vollständiges Geschehen Bedingung. — Judo-Abteilung: Jeden Mittwoch 20—22 Uhr Turnhalle Osener Straße Kursus für Anfänger. Interessenten können sich dort noch melden.

Königszeit. Fußball-B. Klasse-Meisterschaft. In der Vorrunde um den Bezirksmeister standen sich am 22. d. M. in Königszeit F. T. Reichenbach II und S. B. Ring Sandberg II gegenüber. Beide Mannschaften zeigten ein ruhiges, flottes Spiel, das 3:2 für Sandberg endete. Im Freundschaftsspiel trafen sich F. T. Königszeit I und Freia Jauer I. Hier sah man ein Spiel, wie man es in Königszeit schon lange nicht gesehen hatte, das Königszeit mit 9:1 gewann. Königszeit II gewann 7:3 gegen Jauer II. Königszeit I. Jd. verlor 2:0 gegen Jauer Jugend.

Nieder-Salzbrunn. Spielbericht. Am vergangenen Sonntag wurden folgende Resultate erzielt: Eiche-Schüler-Hermisdorf Schüler 7:0. Eiche-Jugend-Hermisdorf Jugend 6:0. Im letzten Spiel spielte die erste Elf von Eiche in neuer Aufstellung und konnte das Spiel gegen Hermisdorf erste Elf 8:0 gewinnen. — Am kommenden Sonntag weilen die Schüler und die 1. Jugend bei VfR Freiburg zu Gast. Schüler: 10 Uhr, Jugend: 11 Uhr. Auf dem Sportplatz in Nieder-Salzbrunn hat Eiche erste Elf Konradswaldau erste Elf als Gegner. Das Spiel steigt um 14 Uhr.

Hermisdorf (Rynast). Wintersportwettkämpfe. Die Freie Turnerschaft Hermisdorf (Rynast) trug am Sonnabend die Vereinsmeisterschaft im Rodeln, und am Sonntag die im Ski-Langlauf aus. Diese sportlichen Veranstaltungen sollten zugleich die Ausschreibungskämpfe für das erste Kreis-Winterportfest sein. Im Rodeln beteiligten sich insgesamt 46 Teilnehmer. Am Sonntag war der Start zum Ski-Langlauf. Trotzdem es in der Nacht schneite und die Schneeverhältnisse etwas besser waren, war die Strecke noch lange nicht sportgerecht. Das zeigten die vielen, wenn auch leichten, Verletzungen der Teilnehmer. Wie beim Rodeln, so gingen auch beim Langlauf sämtliche Teilnehmer durch das Ziel. — Rodeln. Schülerinnen: 1. Johanne Herbst 6:21 Min., 2. Hilde Hartwig 6:23, 3. Gertrud Clemens 6:27. Schüler: 1. Franz Kohl 6:03, 2. Ernst Schmidt 6:13, 3. Franz Schubert 6:23. Jugend, männlich: 1. Bernhard Seifert 5:49, 2. Jonas Schramm 6:23, 3. Paul Liebig 6:58. Sportler über 15 Jahre: 1. Gust. Pfugner 5:05, 2. Gust. Bürgel 5:33, 3. Alex Szendera 5:43. Ski-Langlauf (4 Kilometer). Jugend, 14—18 Jahre: 1. Ludwig Fiebler 33:24, 2. Bernhard Seifert 33:56, 3. Walter Eripelt 35:08. Sportlerinnen (4 Kilometer): 1. Lotte Friebe 48:21, 2. Elfriede Langer 52:08, 3. Luise Krüger 54:38. Sportler (8 Kilometer): 1. Paul Schäfer 44:53, 2. Alfred Wittig 47:43, 3. Gustav Bürgel 51:15.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
Breslau.
— Stadteitel 2 (Nord). Donnerstag 20 Uhr Gesamtfunktionärsitzung im Leninheim, Delsnerstraße.
- Kommunistischer Jugend-Verband**
Breslau.
— Süd und Zentrum. Mittwoch 20 Uhr bei Janke, Friedrichstr. 41, Deimabend.
— Nord. Mes Donnerstag 20 Uhr Bestallungsschule, Michaelisstr. Mitgliederversammlung. Für Gäste keinen Zutritt. Tagesordnung: „Wie sieht es im KFD aus?“
- Jung-Spartakus-Bund**
Breslau.
— Nord. Donnerstag 17 Uhr „Stadt Ramlau“.
- Roter Frontkämpfer-Bund**
In alle Ortsgruppen! Die Abrechnung für Januar muß am 1. Februar in den Händen der Gauführung sein. Reichskonferenzmarken unter allen Umständen abrechnen.
Breslau.
— Mittwoch 20 Uhr im „Lesing“ Generalmitgliederversammlung der gesamten Ortsgruppe. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
— Abt. 1. Heute 19.30 Uhr Antreten an der „Eisenbahn“, Bräberstraße 79.
— Abt. 6. Mittwoch 19 Uhr bei Janke, Friedrichstr. 41, Antreten im Marschanzug.
Strehlen. Freitag 19 Uhr Generalversammlung. Sämtliche KFD- und KJ-Kameraden erscheinen.
- Sonstige Organisationen**
Breslau.
— Hufe Hilfe Dt. Donnerstag 20 Uhr Westschloß. Referent Gen. Bläser.
— Arbeiterband. Heute 19.30 Uhr Gewerkschaftshaus, Zimmer 7-8, Generalversammlung.
Freiburg. Gewerkschaftsabend. Donnerstag 19.30 Uhr „Ordnung Baum“, Ra.ellung. Jahresbericht, Genehmigung des Umlages für 1928, Neuwahlen. Die neugewählten Delegierten haben rechtlos zu erscheinen.

Wohin am Freitag?
In die Zentralballsäle! Ottomar Geschke - Berlin spricht! Aufführung der „Rote Revue“

Waldenburger Bergland Stahlhelm-Rohheiten

Unser Arbeiterkorrespondent aus Jauer schreibt: In der Jaderfabrik in Hertwigswaldau sind nach Schluß der Kampagne noch einige Arbeiter im Jaderhause mit der Raffinade beschäftigt. Es sind natürlich in der Hauptsache Leute, welche das ganze Jahr hier beschäftigt sind und dem Stahlhelm angehören. Doch werden auch Arbeiter, die schon mehrere Kampagnen mitgearbeitet und sich sonst nicht mißlieblich gemacht haben, während der Dauer der Raffinade beschäftigt. Wie „lanig“ das Verhältnis der Stahlhelmer zu der übrigen Arbeiterschaft ist, zeigt folgender Vorfall. Der Arbeiter H. aus Jauer, weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert, hatte Nachtschlaf und war an den Zentrifugen beschäftigt. Da kommt der Stahlhelmer Funke aus Hertwigswaldau an ihn vorbei und gießt ihm einen Topf Wasser über den Rücken. Da die Arbeiter im Jaderhause der Hitze wegen halbnackt arbeiten, sind diese Scherze an der Tagesordnung. H. nahm die Sache auch nicht weiter krumm, sondern erwiderte den Scherz, indem er ein gleiches Quantum Wasser nach Funke goß. Darauf stürzte sich dieser, ein großer, starker Mensch, auf ihn, würgte und bearbeitete ihn mit den Fäusten, daß H. mit einer Führe zum Arzt gebracht werden mußte und zwei Tage nicht imstande war, seiner Arbeit nachzugehen. Der Arbeiter H. war nun natürlich überzeugt, daß die Sache für den Stahlhelmravvy nicht so glimpflich ablaufen würde, zumal er sich ja gar nicht gewehrt hatte und bei dem plötzlichen Ueberfall auch nicht dazu in der Lage gewesen wäre! Er ging daher tags darauf zum Polizeioberinspektor, um Anzeige gegen

Funke wegen Körperverletzung zu erstatten. Sei es nun, daß der Polizeioberinspektor schon telephonisch über die Person des Funke unterrichtet wurde, oder daß der Ueberfallene „nur“ ein Arbeiter war, jedenfalls erklärte er, diese Sache würde vom Gericht nicht angenommen (es liegt kein öffentliches Interesse vor?) und verwies H. auf den Weg der Privatklage. H., der wie alle indifferente Arbeiter in solchen Fällen ziemlich unbeholfen ist, ging nun auch zum Schlichtrichter. Hier kam es zu einem Vergleich: 10 Mark Schmerzensgeld, 10 Mark an die Armenkasse, die Kosten und der verlorene Arbeitslohn in Höhe von 5,50 Mark. Das war alles, was Funke bezahlen muß. Er ist also gut davongekommen. Durch die Fürsprache des „Stahlhelms“ wurde er auch wieder, nachdem er tags zuvor wegen seiner „Deliktat“ entlassen wurde, zu den alten Rechten eingestellt! Zu erwähnen ist noch, daß der behandelnde Arzt zu H. sagte, er solle doch wieder arbeiten gehen, denn Krankengeld erhalte er so wie so nicht! Daraufhin ist dieser, der heute noch deutliche Spuren der Mißhandlung trägt und über Kopfschmerzen, welche von dieser herrühren, klagt, wieder zur Arbeit gegangen! Aus einer Unterredung mit dem betreffenden Arbeiter ging hervor, daß die in der Jaderfabrik Beschäftigten sämtlich Angst vor den Stahlhelmern haben! Es wird die höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft in Hertwigswaldau zusammenschließt und den Rowdys vom Stahlhelm geschlossene Abwehr entgegensetzt.

schule angehalten; an diesen Tagen endet ihre Arbeit bereits wägenflich an einem Tage um 15 Uhr mittags und an zwei Tagen um 17 Uhr mittags. Daß einem Lehrling das Trinkgeld vorenthalten oder gar abverlangt worden sei, trifft auf keinen Fall zu. Ferner bitten wir um Benennung Ihres Gewährsmannes, da wir Strafanktrag wegen Verleumdung und Beschäftigung zu stellen gedenken.“ — Wir drücken die Versicherung des Herrn Keller ab, obwohl sie durchaus nicht den Anforderungen des Pressegesetzes entspricht. Damit wollen wir Herrn Keller zeigen, daß wir auf die Wlebergabe irgendwelcher falschen Mitteilungen keinen Wert legen. Den Namen unseres Gewährsmannes können wir Herrn Keller nicht nennen. Er müßte doch wissen, daß es so etwas wie Redaktionsgeheimnis gibt, welches keine Redaktion zu verletzen pflegt. Im übrigen wird sich unser Berichterstatter zu der Angelegenheit noch äußern, und sich über in unserem Artikel angekündigte Termin vor dem Arbeitsgericht wird Klarheit über die Arbeitsverhältnisse von Keller & Niedel bringen.

Landeshut

Essentielle Frauenversammlung. Heute Mittwoch spricht die Genossin Kahne-Breslau in einer öffentlichen Frauenversammlung in der „Sonne“ über ihre Eindrücke, die sie anlässlich ihrer Reise in sich aufgenommen hat, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der russischen Textilindustrie. Die Genossin Kahne, die eine Schwägerin des Genossen Max Hoelz ist, ist eine gute Rednerin. Von den Männern wird erwartet, daß sie ihre Frauen auf diese Versammlung aufmerksam machen und dorthin schicken. Da kein Eintritt erhoben wird, ist jede Frau in der Lage, sich über die Verhältnisse in der russischen Textilindustrie zu informieren.

Rohe Behandlung. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle roher Behandlung der Arbeiterinnen durch den Direktor Richter bei den Schlessischen Textilwerken Methner u. Frahne A.-G. So brüllte er am vergangenen Freitag ein Mädchen an, mit den gewöhnlich schmeichelhaften Worten: „Stehen Sie ja fest, ich hau' Ihnen eine runter, daß Sie sich vor mir kugeln.“ Würde dieser Fall in der „Arbeiter-Zeitung“ als „unmenslich“ gekennzeichnet werden, so würde sich gewiß ein Amtsrichter finden, der obendrein den verantwortlichen Redakteur wegen Verleumdung bestrafen würde, wie dies schon öfters der Fall gewesen ist.

Wahl. Die erste Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre fand am 20. Januar statt. Auf der Tagesordnung stand nur die Wahl des Vorstandes und Ersatzwahlen zu den einzelnen Kommissionen. Wir erinnern uns noch an die erste Sitzung des jetzigen Stadtparlamentes, wo unser Genosse Streckler bei der Wahl des Vorstandes weiße Bettel abgab, da er sich weder für die Bürgerlichen noch für die Wirtschaftliche Vereinigung einschließen konnte, worauf der Berichterstatter der „Vergewalt“ sehr böse war und unserem Genossen die Schuld an dem Zustandekommen des bürgerlichen Vorstandes in die Schuhe schob. In den anderen Jahren führte man einen scharfen Kampf um die Besetzung einzelner Vorstandsposten, jedesmal gab es Krach zwischen Wirtschaftlicher Vereinigung und Bürgerlichen. Dieses Jahr, wo es möglich gewesen wäre, einen Posten zu ergattern, fehlten in der Sitzung drei von den sechs Mann der Wirtschaftlichen Vereinigung. Da von seiten der Bürgerlichen ebenfalls zwei Mann fehlten, wäre das Verhältnis bei voller Anwesenheit der Wirtschaftlichen Vereinigung 7:7 gewesen und hätte das Los entscheiden müssen. Bei den Ersatzwahlen zu den einzelnen Kommissionen wurde in den Verwaltungsrat der Stadt, Sparrasse an Stelle des verzogenen Kassenvorsethers Dombrowsky der Lagerhalter Otto Schilling (SPD.) gewählt. In die Bau- und Feuerzöletats-Deputation wurde an Stelle des verstorbenen Zimmermanns B. Richter der Zimmermann Paul Schubert gewählt. Alle übrigen Kommissionen blieben unverändert.

Oberes Revier

Alle Werktätigen kommen am Sonntag um 2 Uhr nachmittags ins Hotel „Schwarzes Roß“. Dort spricht ein Kreislanddelegierter!

Achtung Kameraden! Donnerstag, 19. Januar, findet im Rathaus für die Ortsgruppen des Oberen Reviers der Pflichtabend statt. Es beginnt mit diesem Abend das Schulungsprogramm. Es liegt an den Kameraden, daß diese Abende stets gut besucht und nach Möglichkeit auch neue Mitglieder mitgebracht werden. Es finden von nun an allwöchentlich am Donnerstag regelmäßig die Pflichtabende statt. Lokal wird immer beim letzten Abend bekanntgegeben.

Friedland. Achtung, Erwerbslose! Am 26. Januar, 19 Uhr, findet im „Gasthof zum Sternberg“ eine Erwerbslosenversammlung statt. Referent anwesend. Wir erziehen um zahlreiche Beteiligung der Erwerbslosen.

Adresse des Kreis-Erwerbslosen-Ausschusses Waldenburg. Alle Zuschriften für den Erwerbslosen-Ausschuß des Kreises Waldenburg sind zu richten an Josef Sellig, Waldenburg, Freiburger Straße 5, 3. Stg.

Freiburg

Von der Freien Elternvereinigung. Am Freitag, dem 27. Januar, veranstaltet die „Freie Elternvereinigung Freiburg-Polsniz“ einen „Sunden Abend“. Es ist das erste Mal, daß die Elternvereinigung auf diese Weise an die Öffentlichkeit tritt. Der Abend trägt durchweg heiteren Charakter. Geboten werden drei Lustspiel-Einakter sowie Soloszenen, ebenfalls humoristische Vorträge. Die Elternvereinigung ladet die Arbeiterschaft von Freiburg und Polsniz zu diesem Unterhaltungsabend herzlich ein. Der Eintrittspreis beträgt

30 Pfg. Der Abend findet in Polsniz im Gasthof „Zum Goldenen Frieden“ statt. Anfang 20 Uhr.

Schweidnitz

* Sie ging und mit ihr ging die Uhr. Einen Reinfall erlebte ein hiesiger Angestellter, der nachts auf der Waldenburger Straße ein junges Mädchen kennengelernt hatte. Nach einer vergnügten Sumpelpartie durch die verschiedensten Lokale begleitete er das unbekanntes Mädchen bis vor dessen Wohnung. Dort plauderte sie noch längere Zeit, wobei das Mädchen großes Interesse für die Armbanduhr des Herrn zeigte. Sie wollte sich diese an der nächsten Laterne etwas näher betrachten, und wenn der junge Mann nicht inzwischen eingesehen hätte, daß er einer Betrügerin ins Garn gegangen war, dann würde er vielleicht heute noch vor dem Hause stehen und auf die Rückgabe seiner Uhr warten. Das Mädchen ist nämlich nicht zurückgekehrt, sie wohnt auch nicht in dem Hause, in dem sich angeblich ihre Wohnung befindet sollte.

„Eine fast unbegrenzte Arbeitszeit...“ Zu dieser am 11. Januar erschienenen Notiz über den Betrieb Kellner & Niedel erhalten wir von Herrn Keller folgendes Schreiben: „Auf Grund des § 11 des Reichs-Pressgesetzes vom 7. Mai 1874 erlaube ich um Aufnahme folgender Berichtigung: Auf Grund der am 11. Januar d. J. in Ihrer Zeitung erschienenen Notiz über eine fast unbegrenzte Arbeitszeit in unserer Firma teilen wir mit, daß der Inhalt des Artikels vom ersten bis zum letzten Wort erlogen ist. Unsere Arbeitszeit richtet sich nach den Vorschriften der Arbeitszeitgesetzgebung. Die bei uns beschäftigten Lehrlinge sind spätestens um 19 Uhr aus dem Betriebe, erhalten angemessene Frühstücks- bzw. Vesperpausen, eine einstündige Mittagspause, außerdem werden sie zu dem Besuch der Fortbildungss-

Niederschlesien

Donnerstag alles ins Konzerthaus!

Soldatenspiel in der Melancthonsschule. Am Sonnabend, dem 21. Januar, fand in der Melancthonsschule eine militärische Übung der Schulanfänger statt. Die Kinder wurden angefordert, jedes einen Helm, Säbel, Trommel usw. mitzubringen. Ein Junge erschien in vollständiger Uniform und dieser wurde „General“, alle anderen mußten antreten. Die militärischen Kommandos wurden dem „General“ vom Lehrer eingeprägt. Einmal war es, wie man nach Schluß der Schule die Kinder in ihrer Aufmachung einformen sah. Ein Tambour vom Reichsbanner hat es sogar für notwendig erachtet, seinem Kinde die ganze Trommel (!) mitzugeben. Es ist auch bei dieser „Übung“ mit den sogenannten Zündplättchen-Revolvern geschossen worden.

Wir fragen hierdurch öffentlich, ob die Schulverwaltung davon Kenntnis hat. Es wäre wohl notwendiger, den Kindern etwas anderes zu lehren, als das Hochhandwerk. Wir erwarten, daß hier eine strenge Untersuchung erfolgt.

Sturz vom Dachstuhl. Am Sonnabend fuhr der Baumunternehmer H. aus Reichen auf der Dachstuhlstraße mit seinem Retorade in sehr rascher Tempo und wollte an der Ecke Granmühlensstraße nach der Landesbahnstraße einbiegen. Hierbei wurde der Retorader vom Sozius geschleudert und mit dem Kopf direkt an die Bordwand des Bürgersteigs, so daß er bewusstlos liegen blieb.

Wider-Entrückung in Penzig. Seit einigen Tagen befinden sich alle christlichen und trentenschen Jungfrauen und Junglinge mit ihrer Spitze in heller Aufregung. Haben sich doch der dort amtierende Lehrer Hampel und seine Frau eines „unerbittlichen Verbrechens“ schuldig gemacht, indem beide einer Schülerin der zweiten Klasse folgende Sprüche ins Kopfschmuck geschrieben:

„Die Kinder sind der Dummheit höchste Preyung.“
Billy Hampel.
„Es wird nicht besser, trotz Gebarn und heiligem Sakrament, als bis am letzten Pfaffenbarm der letzte König hängt.“
Greta Hampel.

Man kann sich leicht die Entrückung der frommen Schölein vorstellen, ob solcher Berrücktheit. Wo doch nun das ganze Köpfe „Kopfschmuck“ verhängt ist. Stehen doch sonst immer so köpfe Berse da, wie: „Wer nur den lieben Gott vertraut, der hat auf keinen Sand gebaut“, und ähnliche. Kurz und gut, man müßte das Ehepaar am liebsten lynchen. Wie jedoch sollen in Bewegung gesetzt werden, um Hampel in Penzig unmöglich zu machen. Wir aber rufen Hampel und seiner Frau ein „Stavel“ zu, daß sie es gewagt haben, wider den Stachel zu bösen. Wohl werden nun beide einen schweren

Stund haben. Denn, Arbeiterkern von Penzig, stellt euch geschlossen hinter den Lehrer Hampel. Macht die Bemühungen der Pfaffen und ihrer Anhänger zunichte, indem ihr noch heute euren Austritt aus der Kirche erklart und auch eure Kinder von dem verfluchten Religionen- und Konfirmandenunterricht abmeldet. Sie hat recht, die Frau Greta Hampel. „Es wird nicht besser, trotz Gebarn und heiligem Sakrament, als bis am letzten Pfaffenbarm der letzte König hängt.“ Die SPD. ist die einzige Partei, die auf dieses Ziel zupferst. Schließt euch alle dieser Partei an, desto eher ist es erreicht.

Hergt zwischen Schwarzweitzrot und Schwarzrotgold. Der Kreisbauzweiger Hergt sprach am Sonntag in Hoyerswerda vor einer deutlichen nationalen Versammlung. Bemerkenswert war, daß seine Parteifreunde ihm das Rednerpult mit Schwarzweitzrotem Zehnminuten schenken ließen. Hergt vermißt es aber, von dieser Karzel herabzusprechen, sondern tat das vom Tisch der Versammlungsleitung aus. Aus Unterhaltungen von Versammlungsteilnehmern war zu schließen, daß ihnen dieses ganz und gar nicht gefallen hat. „Zu Liebe zum Kaiserreich“, meinten sie, „gibt Hergt schließlich noch das allerletzte Preis, was uns deutschnationale bewegt.“ Wir bitten diese, nicht so hart zu urteilen. Hergt „eben wieder einmal, und — konnte nicht anders.“

Es hat gewirkt. Gleich einer Bombe schlug unser Artikel vom 17. d. M. in die Kreise der Rüsther Jagdgesellschaften ein. Diese rufen sich einmütig und die „Arbeiter-Zeitung“. Sie waren alle mit ihr einverstanden, bis auf den Betriebsleiter des Begegners, der sich die Verteidigung der Firma angelegen sein ließ. Wir wollen heute nur bemerken, daß wir noch über mehr Dinge sprechen können, z. B. Ura u. s. w. Und wie viele Dinge gehören schon der Vergangenheit an? Alles ist dunkel geblieben. (Halt Lieber.) Wir kommen mit vielem Gern, merke Firma C. u. H.!

So ist das Leben. Freiwillig in den Tod gegangen ist in Uhrmannsdorf der Glaschmelzer Friedrich Köpzig. Das Schicksal hat diesen Mann hart mitgenommen. Von seinen fünf Söhnen sind ihm vier im Tod vorausgegangen; einer ist im Kriege gefallen, zwei letzten kam aus dem Felde zurück und starben, einer zog sich eine tödliche Krankheit im Weiz zu. Vor Jahresfrist starb ihm auch seine Frau. Köpzig selbst war längere Zeit krank. Am Sonnabend wurde er nun inmitten Salbe erhängt aufgefunden.

Sagen

Nach zwei Jahren festgenommen. In Berlin wurde jetzt der 37jährige Chemiker Max Ullert verhaftet, der mit einem großen Reichtum behaftet, im Einbruchszusammenhang auszuwickeln. Der Verhaftete hat im Jahre 1926 in Freibaldau den großen Fabrikantenraub verübt, bei dem ihm 23000 Mark in die Hände fielen.

Goldberg-Haynau

Auswahlbericht des SPD-Genossen Bogel. Am Freitag fand die erste öffentliche Arbeiterversammlung der jungen Ortsgruppe der Roten Hilfe im großen Volkshaus statt. Trotzdem am selben Abend ein sogenannter Staatsbürgerlicher Abend des Heimathilfes tagte, waren etwa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Ruf der Roten Hilfe gefolgt. Als Referent war der Sozialdemokrat Bogel-

Breslau erschienen. In einem zweistündigen Vortrag berichtete er über den Strafvolzug in Sowjetrußland und verstand es meisterhaft, der aufmerksamsten Zuhörern den Unterschied in der deutschen kapitalistischen Republik gegenüberzustellen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. In der Diskussion begrüßte der Kollege Koch (parteilos) die Errungenschaften der russischen Arbeiterbrüder und stellte den Verrat der sozialdemokratischen Führer an den Pranger. Der Kollege Otto Hentschel (parteilos) stellte einige Anfragen. Trotzdem im Teil sozialdemokratischer Mitglieder anwesend waren, hat keiner den Mut aufgebracht, das gemeine Geschreibsel der Goldberg-Haynauer „Volkzeitung“ über Sowjetrußland zu rechtfertigen. Der organisatorische Erfolg war: zehn Neuaufnahmen für die Rote Hilfe, der größte Teil SPD- und SAJ-Kollegen, vier neue Mitglieder für den RAV, drei neue Leser der „Arbeiter-Zeitung“ und ein Mitglied der SPD. Die Sammelbüchse brachte den Ertrag von 6,19 Mark. Rote Helfer! Der Anfang war gut, nicht ihn aus und werbt unermüdbar für unsere Bewegung. Einem in die Rote Hilfe!

Erwerbslosenversammlung. Heute Mittwoch nach dem Stempeln im Volkshaus Erwerbslosenversammlung. Erwerbslose, fordert in dieser Berichterstattung der dritten Delegation von Sowjetrußland und nehmt Stellung zur Bescheidung der Bezirks-Erwerbslosenkonferenz. Heraus aus der Passivität!

Der Tod auf den Schienen. In der Nähe der Station Alt-Schöna wurde auf den Schienen die Leiche des Handlungsgehilfen Scholz in furchtbar verstümmeltem Zustand aufgefunden. Ueber die Tat selbst — ob Mord oder Selbstmord — tappt man im Dunkeln.

Liegnitz

Sind solche Geschäfte in Ordnung? Uns wird geschrieben: Bekanntlich besitzt die Stadt Liegnitz einen größeren Grundbesitz und gibt seit Jahren aus diesem Besitz an Danziger Kaufstellen im Erbpachtvertrage ab gegen Erbpachtzins. Im Jahre 1927 veräußerte ein Liegnitzer Lust zur Erstellung eines Mietshauses, und es fand sich sogleich ein Gleichgesinnter, der Stadtbaumeister Kessel. Herr Kessel aber trat später infolge Differenzen vom Erbpachtvertrage zurück und verlangte dafür von seinem Kompagnon die Kleinigkeit von fünf tausend Reichsmark als „Entschädigung“. Durch diesen Vorfall ist eine die Öffentlichkeit interessierende Frage neu aufgetaucht. Der Magistrat in Liegnitz scheint die Frage nicht beantworten zu wollen; denn auf mehrere Anfragen an den Oberbürgermeister hat dieser ausweichend geantwortet. Der hier vorliegende Fall aber hat noch eine zweite Seite. Erstens wird der Bau um 5000 Mark verteuert, und zweitens hat der Bauherr, dem Drängen des Stadtbaumeisters folgend, die 5000 Reichsmark an der Darlehnsbank, hier, hinterlegen müssen. Diese hinterlegten 5000 Reichsmark sind die Summe zur Bezahlung der noch ausstehenden Handwerkerforderungen. Die kleinen Handwerker müssen also ruhig warten, weil Herr Kessel, Mitglied des Rechtsblocks der Stadtverordnetenversammlung, eine Summe ohne jede Gegenleistung fordert. Derselbe Kessel, der sich bei jeder Gelegenheit immer so warm für die „Interessen des Handwerkerstandes“ einsetzt, verhindert hier die Auszahlung der Beträge an die kleinen Handwerkermeister, die ihre Arbeit schon längst abgeliefert haben. Von besonderer Bedeutung aber ist die Klarstellung der Frage: „Hat jemand für Rücktritt vom Erbpachtvertrage eine Entschädigung zu fordern, und in welcher Hinsicht ist die Forderung gerechtfertigt? Darf jemand, aus dem der Stadt geborenden Grundbesitz Geschäfte machen? Der Oberbürgermeister wird um Antwort ersucht.“